

# **Bezirks- parteitag 2007**



**21. April 2007 Stadthalle Gifhorn**

**Sozialdemokratische  
Partei Deutschlands  
Bezirk Braunschweig**

## **Impressum**

Herausgeber: SPD-Bezirk Braunschweig, Schloßstraße 8, 38100 Braunschweig

Telefon (05 31) 4 80 98-0, Telefax (05 31) 4 80 98-50

E-Mail [bezirk.braunschweig@spd.de](mailto:bezirk.braunschweig@spd.de)

Internet-Adresse <http://www.spd-bezirk-braunschweig.de>

Satz und Layout: Frank Flake

Druck: Löwendruck Bertram GmbH, Rebhuhnweg 3, 38108 Braunschweig

# Inhalt

Grußwort Kurt Beck	5
Grußwort Garrelt Duin	7
Vorwort Sigmar Gabriel	9
Vorläufige Geschäftsordnung	12
Vorläufige Tagesordnung	13
Bezirksvorstand	14
Die politisch-organisatorische Tätigkeit	15
Mitgliederwerbung	17
Innerparteiliche Bildung / Kommunalakademie	20
Vertretung in Projekt- und Arbeitsgruppen des Landesverbandes	21
Einnahmen – Ausgaben 2005 – 2006	22
Mitgliederbewegung und Beitragsdurchschnitt 2005 – 2006	23
Bericht der Bundestags- und Landtagsabgeordneten	25
Bericht der Europaabgeordneten Erika Mann, HA	29
Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen	32
– Betriebsgruppe Eisenbahn und Töchter	32
– Betriebsgruppe Post/Telekom/Postbank	33
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen	34
Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten	36
Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD	37
Arbeitsgemeinschaft „60 plus“	39
Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen	40
Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD	41
Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen	41
Forum Internationale Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten	42
Netzwerk „Selbst Aktiv“	42
SPD-Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig	43
Adressen und Anschriften	46





## Grußwort an den Parteitag des SPD-Bezirks Braunschweig

Liebe Genossinnen und Genossen im Bezirk Braunschweig,

zu Eurem heutigen Bezirksparteitag übersende ich Euch meine besten Grüße.

Auf Eurem Parteitag entscheidet Ihr nicht nur über den künftigen Vorstand des Bezirks Braunschweig. Ihr debattiert auch den Entwurf unseres neuen Grundsatzprogramms und berätet über neue Formen der Mitgliederwerbung. Beide Themen sind für die deutsche Sozialdemokratie von enormer Bedeutung. Die beherzte und offene Auseinandersetzung mit dem „Bremer Entwurf“ lohnt sich. Die Mitgliederbefragung, der Programmtag der Ortsvereine und die Unterbezirkskonvente zum Programm sind dafür wichtige Marksteine.

Wir wollen über die im Entwurf angesprochenen Themen debattieren und dabei besonders zuspitzen, was die Sozialdemokratie von anderen politischen Kräften unterscheidet. Wir wollen eine klare programmatische Verständigung darüber, was es heute heißt, Sozialdemokratin oder Sozialdemokrat zu sein. Zugleich wollen wir mit diesem offenen Diskurs und mit dem neuen Programm auch die Bürgerinnen und Bürger überzeugen und neue Mitstreiterinnen und Mitstreiter gewinnen, die „Eintreten“ für die soziale Demokratie. Meine Bitte: Diskutiert mit am neuen Programm. Und helft mit, neue Mitglieder zu gewinnen.

Ihr habt Euch für die kommenden zwei Jahre viel vorgenommen:

Derzeit laufen in vielen Unterbezirken die Nominierungen der Kandidatinnen und Kandidaten zur Landtagswahl in Niedersachsen im kommenden Jahr. Ihr geht die Auseinandersetzung mit der derzeitigen Landesregierung offen an und habt zu vielen wichtigen Themenfeldern sehr konkrete und klare Alternativen zur Politik der letzten vier Jahre vorgelegt. Ich bin sicher: dieser Weg ist richtig, um die Menschen für unsere, für eine bessere Politik in Niedersachsen zu gewinnen.

Eurem heutigen Parteitag wünsche ich fruchtbare Diskussionen und Beratungen und Euch allen viel Erfolg in der politischen Arbeit für die Menschen in Niedersachsen und unsere gemeinsame Idee.

Mit herzlichem Gruß

Euer Kurt Beck





## Grußwort

Liebe Genossinnen und Genossen,

2006 war ein ereignisreiches Jahr für die SPD in Niedersachsen. Mit den Kommunalwahlen stand ein wichtiger Wahlkampf im Mittelpunkt unserer Arbeit. Zudem haben wir begonnen, die Grundlagen für eine erfolgreiche Landtagswahl am 27. Januar 2008 zu legen. Unser Ziel dabei ist klar: Wir wollen stärkste Partei werden und mit Wolfgang Jüttner den nächsten Ministerpräsidenten stellen. Umfragen lassen uns nicht von diesem Weg abbringen, weil wir wissen: Die SPD ist besser für Niedersachsen.

Schon die Kommunalwahl 2006 hat deutlich gezeigt: Niedersachsen ist kein CDU-Land. In vielen Städten und Landkreisen wurden Bürgermeister und Landräte der Union nicht wieder gewählt. Die SPD hat bei den Hauptamtlichen dazu gewonnen. Das Ergebnis war auch für die SPD nicht überall zufrieden stellend. Es ist aber deutlich geworden: Wir stehen mit der CDU auf gleicher Augenhöhe und sind als geschlossene und motivierte Partei aufgetreten. Darauf können wir aufbauen!

Im November 2006 habe ich dem Landesvorstand vorgeschlagen, Wolfgang Jüttner als Spitzenkandidaten für die Landtagswahl zu nominieren. Das Ergebnis war einstimmig: Mit Wolfgang Jüttner an der Spitze werden wir in die Wahl ziehen. Er ist der richtige Kandidat, weil er am meisten landespolitische Erfahrungen mit sich bringt und für eine ehrliche und solide Politik steht. Bei ihm stehen die Menschen im Mittelpunkt und nicht die eigenen Interessen. Hiermit bietet er einen deutlichen Kontrapunkt zum amtierenden Ministerpräsidenten, der sich lieber in Berliner Talkshows rum treibt, als nachhaltige Politik für Niedersachsen zu machen.

„Niedersachse gerechter“ – unter dieses Motto stellen wir unsere Politik für Niedersachsen. Der kalten und rücksichtslosen Politik der CDU/FDP-Landesregierung werden wir eine gerechte Bildungs-, Sozial- und Wirtschaftspolitik entgegenstellen. Zudem wird unsere Politik den Ansprüchen des Landes gerecht. Wir wollen die Vorteile und Stärken Niedersachsens ausbauen und zum Wohle des Landes nutzen.

Christian Wulff muss eine fünfjährige Episode in der Geschichte Niedersachsens bleiben. Die Ausgangslage bei der Landtagswahl könnte besser sein – das wissen wir alle. Sie sollte uns aber nicht entmutigen. Wir brauchen in Niedersachsen eine andere Politik. Das sollte für uns Motivation genug sein, engagiert in den Wahlkampf zu ziehen. Wenn wir es schaffen, unsere politische Alternative zur Landesregierung deutlich zu machen und als geschlossene Partei in den Wahlkampf ziehen, werden wir eine Chance haben.

Die Mitgliederwerbung ist für uns im vergangenen Jahr ein wichtiges Anliegen gewesen. Ihr alle wisst, dass die SPD in den vergangenen Jahren unter einem enormen Mitgliederlust gelitten hat. Bei den Neueintritten lag die SPD Niedersachsen im vergangenen Jahr jedoch bundesweit an der Spitze. Dies sollte uns motivieren, weiter neue Mitglieder zu werben und überall deutlich zu machen: In unserer Mitte ist noch ein Platz frei!

In meiner Amtszeit als SPD-Landesvorsitzender konnte ich mich immer auf die Unterstützung durch und eine gute Zusammenarbeit mit dem Bezirk Braunschweig verlassen. Hierfür möchte ich mich bei Euch allen herzlich bedanken. Der Landesverband und die vier niedersächsischen Bezirke treten geschlossen auf. Diesen Weg wollen wir weiter zusammen gehen.

Für Euren Parteitag wünsche ich Euch alles Gute, Erfolg und wegweisende Beschlüsse. Die SPD in Niedersachsen wird davon profitieren.

Mit freundlichen Grüßen

Garrelt Duin, MdB  
SPD-Landesvorsitzender Niedersachsen



## Vorwort

Liebe Genossinnen und Genossen!

Zwei ereignisreiche und schwierige Jahre liegen seit dem Bezirksparteitag am 30. April 2005 hinter uns. Nach der verlorenen Landtagswahl in Nordrhein-Westfalen und der ständigen Blockadehaltung der CDU/CSU im Bundesrat hat der Parteivorstand vorgeschlagen, durch Neuwahlen für den Deutschen Bundestag die Kräfte- und Machtverhältnisse in Deutschland neu bestimmen zu lassen. Die Bundestagswahlen fanden im September 2005 statt; ursprünglich sollten sie im Herbst 2006 gemeinsam mit den Kommunalwahlen erfolgen.

Für das Jahr 2005 haben die Vorbereitungen, der Wahlkampf und die Durchführung der Bundestagswahlen im Mittelpunkt unserer Aktivitäten gestanden. Alle Kräfte konzentrierten sich daher auf diese wichtigen Aufgaben. Obwohl uns die Meinungsumfragen ein miserables Ergebnis vorhersagten, haben wir bei der Wahl sehr gut abgeschnitten und lagen mit nur 0,9 % hinter der CDU/CSU auf Bundesebene. Dieser unerwartete Erfolg ist ganz wesentlich auf den kraftvollen und motivierenden Einsatz von Gerhard Schröder zurückzuführen.

Im SPD-Bezirk Braunschweig haben wir einen engagierten und sehr erfolgreichen Wahlkampf geführt. So wurden unsere Kandidatin Dr. Carola Reimann und die Kandidaten Hubertus Heil, Hans-Jürgen Uhl, Dr. Wilhelm Priesmeier und Sigmar Gabriel alle in direkter Wahl als Bundestagsabgeordnete gewählt. Während Dr. Carola Reimann heute als gesundheitspolitische Sprecherin der Bundestagsfraktion erfolgreich agiert, setzt sich Hans-Jürgen Uhl als Sprecher der niedersächsischen Abgeordneten für die Landesinteressen und die Braunschweiger Region ein. Mit mir als Bundesumweltminister und Hubertus Heil als Generalsekretär der Bundespartei können wir auf zwei weitere Persönlichkeiten verweisen, die den SPD-Bezirk Braunschweig erfolgreich in der Bundestagsfraktion und im Willy-Brandt-Haus vertreten. Noch nie waren wir Braunschweiger Sozialdemokraten in der Bundeshauptstadt so gut aufgestellt, wie in dieser Legislaturperiode des Deutschen Bundestages.

Die große Koalition aus SPD und CDU/CSU setzt in vielen Punkten die erfolgreiche Politik der Rot-grünen Koalition unter Gerhard Schröder fort, denn bereits im letzten Jahr und auch heute entfalten die Reformen von Rot-Grün ihre Wirkung. Dies ist insbesondere an den stetig sinkenden Arbeitslosenzahlen abzulesen. Wenn man der Großen Koalition in manchen Punkten auch kritisch gegenüber stehen kann, so sind aus der Zeit von Rot-Grün und der Regierungszeit der jetzigen Regierung doch folgende Projekte als erfolgreich hervor zu heben:

- Der Ausstieg aus der Atomkraft hat Bestand; an ihm wird nicht gerüttelt.
- Am Arbeitsmarkt gibt es positive Bewegung, die Arbeitslosenzahlen sinken und der Ausbildungspakt ist wirksam. Die Jugendarbeitslosigkeit sinkt. Die Wirtschaft befindet sich im Aufschwung.
- Die Sozialversicherungsbeiträge sinken erstmals wieder auf unter 40 Prozent.

- Die Investitionsprogramme der Bundesregierung zeigen Wirkung und setzen wichtige Impulse für Wachstum und Arbeit.
- Das Investitionsprogramm des Bundes zur Bildung von Ganztagschulen wird sehr gut angenommen.
- Wir streiten für den Mindestlohn und setzen uns mit der Initiative 50Plus für die Beschäftigung älterer Arbeitnehmer ein.
- Die von der SPD geforderte Verbesserung der kostenlosen Kinderbetreuung in Kindergärten und Krippen ist fester Bestandteil der Regierungspolitik.
- Das Elterngeld ist beschlossene Sache. Familie und Beruf lassen sich besser miteinander vereinbaren.
- Die notwendigen Reformen im Gesundheitswesen sind beschlossen und Gesetz.

Nach der Bundestagswahl hat der Bezirksvorstand gemeinsam mit den Vorsitzenden der Unterbezirke folgende Aktivitäten beraten, beschlossen und durchgeführt:

1. Inhaltliche, personelle und organisatorische Planung und Durchführung der Kommunalwahlen am 10.9.06.
2. Fortsetzung der Bildungsarbeit in der Kommunalakademie und die Weiterentwicklung vielfältiger Bildungsangebote.
3. Bildung eines Forums Internationaler Sozialdemokraten.
4. Beteiligung an der Mitgliederwerbekampagne der Bundespartei zur Stabilisierung unserer Mitgliederbasis.
5. Durchführung von Kleinen Parteitagern zur Vorbereitung der Meinungsbildung im SPD-Bezirk Braunschweig zu politischen Schwerpunktthemen.
6. Beratung der Arbeitsergebnisse der Arbeitsgruppe „Entwicklungsperspektiven der Region Braunschweig“.
7. Dialog mit den DGB-Gewerkschaften über die Entwicklung der Region Braunschweig und aktuellen Themen der Bundespolitik.
8. Reformierung der Parteiarbeit.

Die Kommunalwahlen erfolgten am 10. September 2006 und wurden mit einigen Stichwahlen am 24. September 2006 abgeschlossen. Die weiteren sieben Projekte wurden erfolgreich begonnen und werden in der kommenden Arbeitsperiode des Bezirksvorstandes als Daueraufgabe fortgesetzt.

Die Ergebnisse der Kommunalwahlen sind einerseits sehr erfreulich, andererseits müssen aber auch herbe Rückschläge verzeichnet werden.

In den Landkreisen Goslar und Wolfenbüttel konnten sich die beiden neuen Kandidaten Stefan Manke und Jörg Röhmann erfolgreich durchsetzen. Gleiches gilt auch für die amtierende Landrätin Marion Lau in Gifhorn und die amtierenden Landräte Franz Einhaus in Peine und Bernhard Reuter in Osterode. Sehr erfreulich ist auch, dass die SPD in zahlreichen Samt- und Einheitsgemeinden neue Mehrheiten erringen konnte. Dies gilt vor allem für den gesamten Harzbereich und für die Landkreise Peine und Wolfenbüttel.

Besonders schmerzlich sind die Wahlergebnisse in den Großstädten: Wir stellen in der Stadt Salzgitter nicht mehr den Oberbürgermeister und konnten dieses Amt auch in Braunschweig und Wolfsburg nicht zurückerobern. Während sich in Peine und Goslar die neuen SPD Kandidaten für das Amt des Bürgermeisters bzw. Oberbürgermeisters durchsetzen konnten, mussten wir das Amt in Wolfenbüttel an die CDU abgeben.

Bereits beim Aufstellungsverfahren für die Listen und bei der Nominierung von Spitzenkandidaten für die Kommunalwahlen wurde deutlich, dass wir für diese Aufgaben zu wenig qualifizierte Mitglieder haben. Deshalb ist es weiterhin dringend erforderlich, dass wir das Thema Personalentwicklung immer wieder auf unsere Tagesordnung setzen und nach geeigneten Persönlichkeiten für die Arbeit mit und in der SPD Ausschau halten. Auch deshalb sind die Themen Mitgliederwerbung und die Bildungsarbeit stets sehr wichtige Daueraufgaben.

Vor uns liegen zwei Jahre um folgende Projekte und Aufgaben auf den Weg und, soweit möglich, erfolgreich zum Abschluss zu bringen:

1. In intensiven Debatten, möglichst in allen Ortsvereinen und Unterbezirken, soll der Entwurf des neuen Grundsatzprogramms von uns konstruktiv und kritisch begleitet werden.
2. Wir wollen mit einem Team von starken, qualifizierten Kandidatinnen und Kandidaten die Landtagswahl bestreiten und am 27. Januar 2008 die Wahl gewinnen.
3. Wir werden die Mitgliederwerbekampagne intensivieren und besonders in den Landtagswahlkampf integrieren. Die Integration und Betreuung der neuen Mitglieder soll durch geeignete Maßnahmen nachhaltig verbessert werden.
4. Bei der Bildungsarbeit werden die Schwerpunkte etwas verändert: So soll die Ausbildung der Ehreamtlichen, die in Vorständen arbeiten, intensiviert werden. Des Weiteren sollen wichtige Europa- und Bundesthemen wie z.B. Globalisierung, Klimawandel, Friedenspolitik und Demographischer Wandel behandelt werden.
5. Wir wollen den Weg der innerparteilichen Reformen (Einführung des Kleinen Parteitag, Mitgliederbefragung usw.) fortsetzen und mit viel Kreativität und neuen Ideen nach weiteren Mitbestimmungs- und Beteiligungsmöglichkeiten und attraktiven Veranstaltungsformen suchen.
6. Bei Kleinen Parteitag und anderen Veranstaltungen sollen in regelmäßigen Abständen die aktuellen Themen der Landes- und Bundespolitik diskutiert werden. Dazu wollen wir die Vertreter der gesellschaftlich relevanten Gruppen (Kirchen, Gewerkschaften, Wohlfahrtsverbände, Wirtschaft) und die Öffentlichkeit einladen.
7. Wir wollen die Zusammenarbeit mit den DGB-Gewerkschaften weiter intensivieren und uns insbesondere um die Wahrnehmung der Interessen der Beschäftigten im Handwerk bemühen.
8. Wir wollen die Öffentlichkeitsarbeit der SPD auf allen Ebenen verstärken und vom Bezirk aus hierfür die erforderlichen Hilfen geben.

Dies ist ein anspruchsvoller und arbeitsintensiver Aufgaben- und Projektkatalog. Wir sind gemeinsam aufgerufen, diesen Arbeitsplan in die Tat umzusetzen und daneben unsere Aufgaben in der Partei und auf allen politischen Ebenen bis hin zu Europapolitik erfolgreich zu meistern.

Abschließend danke ich allen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern des SPD-Bezirksbüros und den Unterbezirksbüros, den Abgeordneten sowie allen Funktions- und Mandatsträgern, den Teilnehmern an den Bildungsmaßnahmen und den erfolgreichen Werberinnen und Werbern bei der Mitgliederwerbekampagne für ihre großartige Unterstützung für unsere gemeinsame Arbeit.

Mit herzlichen Grüßen  
Euer



## Vorläufige Geschäftsordnung für den Bezirksparteitag am 21. April 2007, Gifhorn, Stadthalle

1. Der Bezirksparteitag beschließt die Tagesordnung und wählt
  - a. die Mandatsprüfungskommission, die aus 5 ordentlichen Delegierten besteht
  - b. einen Wahlausschuss, der aus 12 Delegierten/Gastdelegierten besteht und
  - c. eine Antragskommission, die Empfehlungen zu den eingegangenen Anträgen erarbeiten soll.
2. Die Beschlüsse des Bezirksparteitages werden mit einfacher Stimmenmehrheit gefasst. Stimmengleichheit bedeutet Ablehnung.
3. Die Redezeit für Diskussionsredner beträgt 5 Minuten. Zur gleichen Sache erhält der Redner höchstens zweimal das Wort. Referenten und Berichterstatter erhalten das Wort außer der Reihenfolge zur sachlichen Berichtigung.
4. Wortmeldungen zur Aussprache sind schriftlich bei der Versammlungsleitung einzureichen. Die Diskussionsredner erhalten in der Reihenfolge ihrer Meldungen das Wort.
5. Über Anträge zur Geschäftsordnung ist sofort zu beraten und zu entscheiden. Es darf nur je ein Redner dafür und dagegen sprechen.
6. Anträge auf Schluss der Debatte können nur von Delegierten gestellt werden, die zu dem Punkt, für den der Schlussantrag gestellt ist, noch nicht gesprochen haben.
7. Persönliche Bemerkungen sind nur am Schluss der Debatte zulässig.
8. Die Berichterstatter der Antragskommission sprechen als erste zu den bearbeiteten Anträgen. Über Zusatz- oder Änderungsanträge muss zuerst beraten und entschieden werden, bevor über den Hauptantrag abgestimmt wird.
9. Während des Bezirksparteitages gestellte Sachanträge werden nur behandelt, wenn sie schriftlich bei der Versammlungsleitung eingereicht und von mindestens 50 stimmberechtigten Mitgliedern des Bezirksparteitages aus vier Unterbezirken unterschrieben worden sind und der Parteitag der Behandlung zustimmt. Sie sind nur zulässig, wenn sie auf einem Ereignis beruhen, das nach Schluss der Antragsfrist am 24. März 2007 eingetreten ist. Ende der Einreichungsfrist: eine Stunde nach Eröffnung des Parteitages.
10. Die Wahlen erfolgen nach der geltenden Wahlordnung der SPD.

# Vorläufige Tagesordnung des Bezirksparteitages am 21. April 2007, Gifhorn, Stadthalle

10.00 Uhr Eröffnung und Begrüßung

Grußworte

Wahl der Versammlungsleitung  
Annahme der Geschäfts- und der Tagesordnung  
Wahl der Mandatsprüfungskommission und des Wahlausschusses  
Bestätigung der Antragskommission

**Rede**

**Klaus Wowereit**  
Regierender Bürgermeister von Berlin

Aussprache

Bericht des Bezirksvorstandes  
**Sigmar Gabriel**

Bericht der Revisoren

Bericht der Mandatsprüfungskommission

Aussprache

Beschlussfassung über den Bericht der Mandatsprüfungskommission und über den Bericht der Revisoren

Bericht der AG „Internationale Sozialdemokraten“ im SPD-Bezirk Braunschweig

Bericht zum Stand der Mitgliederwerbung

Aussprache

Behandlung von Anträgen

Wahl des Bezirksvorstandes und der Revisoren bzw. der Revisorinnen  
Wahl der Schiedskommission  
Wahl der Mitglieder des Parteirates  
Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zu Bundesparteitag  
Wahl von Delegierten und Ersatzdelegierten zum SPE-Kongress  
Wahl der Delegierten und Ersatzdelegierten zu Landesparteitag

Weitere Behandlung von Anträgen

Schlusswort

## Bezirksvorstand

1. Vorsitzender	Sigmar Gabriel
Stellvertreter/in	Renate Jürgens-Pieper Hubertus Heil
Schatzmeister	Matthias Wehrmeyer
Beisitzer/in	Gundolf Algermissen Marcus Bosse Hans-Georg Busch Petra Emmerich-Kopatsch Annegret Ihbe Stefan Klein Gerlinde Menzel Dr. Carola Reimann Eva Schlaugat Bodo Seidenthal Detlef Tanke
Ehrevorsitzender	Gerhard Glogowski
Ltd. Geschäftsführer	Hans-Henning Schridde

## Revisoren

Achim Diethelm  
Martina Fährmann  
Friedrich Wilhelm

## Schiedskommission

Vorsitzender	Rainer Dworog
Stellvertreter/in	Wilfriede Heyer Dr. Helge Wendenburg
Beisitzer/in	Peter Heym Hanna Kopischke Hans-Ulrich Nitschke Christa Schmiedel



Bezirksvorstandssitzung im März 2007 (v.l.): Matthias Wehrmeyer, Bodo Seidenthal, Hans-Henning Schridde, Gerlinde Menzel, Hans-Jürgen Uhl, Sigmar Gabriel, Detlef Tanke, Annegret Ihbe, Michael Loos, Petra Emmerich-Kopatsch, Marcus Bosse, Dr. Carola Reimann.



Bezirksvorstandsklausur im Januar 2006



Kleiner Parteitag Bildung am 21. April 2006 in der Stadthalle Braunschweig. Am Rednerpult: Marianne Demmer, stv. Vorsitzende der GEW.

## Die politisch-organisatorische Tätigkeit

### des Bezirksvorstands, des Bezirksausschusses und der Geschäftsführung im Bezirk Braunschweig

■ Mit der Wahl des Bezirksvorstands auf dem Parteitag am 30. April 2005 in Wolfsburg begann die Wahlperiode 2005 – 2007 des neuen Vorstands. Sigmar Gabriel, zu der Zeit Vorsitzender der SPD-Landtagsfraktion, wurde erneut als Bezirksvorsitzender wiedergewählt. Gefeierte Gastredner auf diesem Parteitag war Gerhard Schröder, der letztmalig in seiner Eigenschaft als Bundeskanzler auf einem Bezirksparteitag eine Rede gehalten hat. Wenige Wochen später kündigte er nach der Wahlniederlage der NRW-SPD sein Vorhaben an, die Auflösung des Deutschen Bundestages zu beantragen mit dem Ziel, im Herbst 2005 Neuwahlen herbeizuführen. Mit dieser Ankündigung waren die politischen Aktivitäten für die Partei für 2005 vorgezeichnet. In Wahlkreis- und Delegiertenkonferenzen wurde(n) u.a. unsere Kandidatin/Kandidaten zur Bundestagswahl nominiert: Carola Reimann, Hubertus Heil, Wilhelm Priesmeier, Hans-Jürgen Uhl und Sigmar Gabriel, der die Nachfolge des langjährigen 1. Parlamentarischen Geschäftsführers der SPD-Bundestagsfraktion, Wilhelm Schmidt, im Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel antrat. Zu einer gelungenen Auftaktveranstaltung im August 2005 auf dem Kohlmarkt in Braunschweig waren der Partei- und Fraktionsvorsitzende Franz Müntefering und Gesine Schwan, Kandidatin der SPD zur letzten Bundespräsidentenwahl, gekommen. In der freundlichen Grundstimmung bei den Teilnehmer/innen dieser Veranstaltung sollte sich schon das Ergebnis der am 18. September stattfindenden Bundestagswahl widerspiegeln. Das Ergebnis der Wahl ist bekannt: Fast alle Braunschweiger Kandidat/innen sind mit mehr als 50 % der Erststimmen direkt in den Bundestag gewählt worden, aber auch „unser“ Niedersachsen ist „rot“ geblieben. Die Bildung der neuen Bundesregierung hatte gleich zweimal direkte Auswirkungen auf den Bezirk Braunschweig: Sigmar Gabriel wird erster sozialdemokratischer

Bundesumweltminister. Aus der Ernennung von Franz Müntefering zum Stellvertreter der Bundeskanzlerin und Bundesminister für Arbeit und Soziales resultierten personelle Veränderungen im Willy-Brandt-Haus in Berlin. Der Vorschlag von Franz Müntefering, Bundesgeschäftsführer Kajo Wasserhövel als Generalsekretär dem Bundesparteitag in Karlsruhe zu empfehlen, fand im Bundesvorstand keine Mehrheit. Darauf hin trat er als Parteivorsitzender zurück. Nun wurde auf Vorschlag des neuen Parteivorsitzenden, Matthias Platzeck, der stellvertretende Bezirksvorsitzende Hubertus Heil auf dem Bundesparteitag in Karlsruhe als neuer Generalsekretär gewählt. Das Jahr 2006 wurde geprägt von den Vorbereitungen der Kommunalwahl am 10. September, von dem Rückzug Matthias Platzecks als Parteivorsitzender, der gleichzeitigen Wahl von Kurt Beck zum neuen Vorsitzenden und von einer intensiven Diskussion über unsere Ziele als Bildungspartei in Niedersachsen. Auf einem a.o. Landesparteitag im Juni in Wolfsburg mündete diese Diskussion in ein einstimmig verabschiedetes Konzept zur „Zukunft der Bildung“. Bei den Vorbereitungen zur Kommunalwahl wurde die mit Unterstützung des Bezirks arbeitende Kommunalakademie ein wichtiger Partner für die Ortsvereine und Unterbezirke und deren Kandidatinnen und Kandidaten (an anderer Stelle wird noch darüber berichtet). Mit einer Veranstaltung mit Münchens Oberbürgermeister Christian Ude, zugleich auch Präsident des Deutschen Städtetages, auf dem Kohlmarkt in Braunschweig, wurde der Kommunalwahlkampf im Bezirk Braunschweig eingeleitet. Das gute Abschneiden der SPD im Bezirk bei der Anzahl der errungenen Mandate und bei den Direktwahlen zu den (Ober-)Bürgermeistern und Landräten, wurde getrübt durch die Ergebnisse in Braunschweig, Salzgitter und Wolfsburg. Trotz des vorbildlichen Einsatzes von Renate Jürgens-Pieper als



Landrätin  
Marion Lau,  
Landkreis  
Gifhorn.



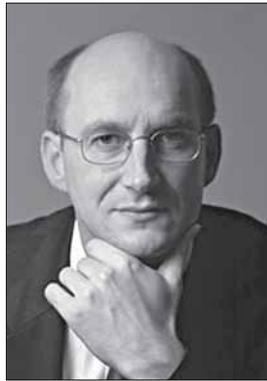
Landrat  
Stephan Manke,  
Landkreis  
Goslar.



Landrat Jörg  
Röhm,  
Landkreis  
Wolfenbüttel.

OB-Kandidatin in Wolfburg und von Friedhelm Possemeyer als OB-Kandidat in Braunschweig, gelang es nicht, die amtierenden CDU-Amtsinhaber (Schnellecke und Hoffmann) abzulösen. Das gilt in gleicher Weise auch für Helmut Knebel, der allerdings im zweiten Wahlgang am 24. September gegen seinen Herausforderer von der CDU sein Amt als Oberbürgermeister von Salzgitter verlor. Die Wahl von Stephan Manke als Nachfolger von Goslars Landrat Peter Kopischke und von Jörg Röhm als Nachfolger von Burkhard Drake als Landrat von Wolfenbüttel, jeweils im ersten Wahlgang, ist besonders erwähnenswert. Und

im gleichen Atemzug sind Marion Lau, Franz Einhaus und Bernhard Reuter zu nennen, die ebenfalls im ersten Wahlgang als Landrätin/Landrat in Gifhorn, Peine bzw. Osterode wiedergewählt wurden. Und dass der Bürgermeister von Lenge- de, Hans-Hermann Baas, mit fast 80 Prozent der Stimmen in seinem Amt bestätigt wurde, soll hier stellvertretend für die anderen erfolgreichen Bürgermeister/innen genannt werden. In Folge der Kommunalwahl gab es auch eine Mehrheitsverschiebung beim Zweckverband Großraum Braunschweig, sodass Detlef Tanke seitdem nicht mehr Vorsitzender, sondern stellvertretender Verbandsvorsitzender ist. Nach der Konstituierung der Räte und Kreistage konzentriert sich nun die Partei schwerpunktmäßig auf die Mitgliederwerbung, Programmdiskussion und auf die Vorbereitung der Landtagswahl am 27. Januar 2008. Mit einer Regionalkonferenz zu landespolitischen Themen im neuen Gewerkschaftshaus in Braunschweig, die verbunden wurde mit einem Neujahrsempfang, hat der Bezirk seine politische Arbeit für 2007 aufgenommen. Garrelt Duin als Landesvorsitzender und Wolfgang Jüttner als Spitzenkandidat der niedersächsischen SPD zur Landtagswahl haben dabei einen starken Eindruck bei der großen Zahl



Landrat  
Franz Einhaus,  
Landkreis Peine.



Landrat  
Bernhard Reuter,  
Landkreis  
Osterode.

der Teilnehmer/innen hinterlassen. Bis zum Bezirksparteitag am 21. April werden in den meisten Unterbezirken die Kandidat/innen zur Landtagswahl bereits bestimmt sein. Von einem personellen Umbruch in diesem Zusammenhang zu sprechen, ist durchaus gerechtfertigt. Die Landtagsabgeordneten Ingrid Eckel, Isolde Saalman, Rosemarie

Tinius, Ulrich Biel, Uwe-Peter Lestin, Ingolf Viereck und Hans-Hermann Wendhausen scheiden aus dem Landtag aus. Erneut kandidieren wollen Petra Emmerich-Kopatsch, Dörthe Weddige-Degenhard, Klaus-Peter Bachmann und Klaus Schneck. Von 14 Landtagswahlkreisen im SPD-Bezirk Braunschweig sind in jedem Fall 10 neue Kandidat/innen zu bestimmen. Auch bei der Neuwahl des Bezirksvorstands zeichnen sich Veränderungen ab. So kandidieren Renate Jürgens-Pieper und Hubertus Heil nicht mehr als stellvertretende Vorsitzende und Gerlinde Menzel aus Osterode und Hans-Georg Busch aus Wolfsburg nicht mehr als Beisitzer. In die Wahlperiode des neuen Bezirksvorstands wird – wie schon beschrieben – die Landtagswahl, aber werden auch die Vorbereitungen zur Europawahl und zur Bundestagswahl im Jahr 2009 fallen. Neben diesen Vorbereitungen auf die Wahlen geht es aber auch um die Fortführung der Programmdebatte und um die Herausforderungen im organisatorischen Bereich. Mitgliederwerbung, Aktivierung der Ortsvereinsarbeit, Qualifizierung des Nachwuchses für die Übernahme von Funktionen und Ämtern und nicht zuletzt da, wo erforderlich, die Konsolidierung der Finanzen sind dazu

## Termine

10.5.2005: Enthüllung Gedenktafel aus Anlass der Bücherverbrennung und Erstürmung des Volksfreundhauses 1933, Braunschweig  
 2.7.2005: Bezirksdelegiertenkonferenz zur Bundestagswahl/Landesliste (Gabriel, Heil, Reimann, Uhl), Rede Sigmar Gabriel. Congress-Saal Stadthalle Braunschweig  
 9.7.2005: Landesdelegiertenkonferenz zur Bundestagswahl, Aufstellung Landesliste, CongressCentrum Hannover  
 16.8.2005: Veranstaltung zur Bundestagswahl mit Franz Müntefering, Gesine Schwan und den Bundestagskandidat/innen aus dem Bezirk. Musik: Lothar Leger, Kohlmarkt Braunschweig  
 18.9.2005: **Bundestagswahl**. Alle Wahlkreise im SPD-Bezirk Braunschweig direkt gewonnen.  
 2.11.2005: Kleiner Parteitag zum Stand der Koalitionsverhandlungen (Große Koalition). Sigmar Gabriel und die MdBs berichten. 220 Teilnehmer/innen, CongressSaal Stadthalle Braunschweig  
 14.-16.11.2005: **Bundesparteitag**. Matthias Platzeck mit 99,4 % zum Vorsitzenden, Hubertus Heil zum Generalsekretär gewählt. Sigmar Gabriel verzichtet auf eine Wiederwahl in den Parteivorstand, Neue Messe Karlsruhe  
 19.11.2005: Kleiner Parteitag zum Abschluss der Koalitionsverhandlungen und zum Bundesparteitag Karlsruhe (Sigmar Gabriel wird Bundesumweltminister), 120 Teilnehmer/innen, Braunschweig  
 20./21.1.2006: Bezirksvorstandsklausur mit Garrelt Duin, Wolfgang Jüttner, Heiner Bartling und Martin Gorholt, Königslutter

21.4.2006: Kleiner Parteitag „Zukunft der Bildung“ mit Marianne Demmer, Dr. Ernst Rösner, Hans-Jürgen Vogel; 100 Teilnehmer/innen, Vortragssaal Stadthalle Braunschweig

14.5.2006: A.o. **Bundesparteitag** in Berlin. Wahl von Kurt Beck zum Parteivorsitzenden nach dem Verzicht von Matthias Platzeck. Hubertus Heil wird als Generalsekretär bestätigt.

10.6.2006: A.o. Landesparteitag „Gemeinsame Schule“ zur Schulpolitik, CongressCentrum Wolfsburg

24.6.2006: Veranstaltung zur Kommunalwahl mit Christian Ude und Sigmar Gabriel, Kohlmarkt Braunschweig

10./24.9.2006: **Kommunalwahlen** bzw. Stichwahlen

30.9.2006: UB-Vorsitzenden-Konferenz zur Mitgliederwerbung, Willy-Brandt-Haus Berlin

6.10.2006, Neumitgliederabend mit Sigmar Gabriel. Antje Heinrich u. Kai Florysiak moderieren; 80 Teilnehmer/innen, Braunschweig

4.11.2006: Workshop Mitgliederwerbung mit Michael Rüter, Abteilungsleiter beim Parteivorstand, und Ties Rabe, ehemaliger Landesgeschäftsführer in Hamburg, Braunschweig, Gewerkschaftshaus

19.1.2007: Bezirksvorstandsklausur mit Ties Rabe, Garrelt Duin, Königslutter

20.1.2007: Regionalkonferenz mit Neujahrsempfang des Bezirkes mit Garrelt Duin, Wolfgang Jüttner, Erika Mann, Sigmar Gabriel. Über 300 Teilnehmer/innen, Braunschweig, Gewerkschaftshaus

11.2.2007: Regionalkonferenz „Nord“ des Parteivorstands zum neuen Grundsatzprogramm. Bezirk setzt einen Bus ein. Messe Bremen

die Stichworte. Der Bezirk hat in der zurückliegenden Wahlperiode in beiden Haushaltsjahren den vorhergesehenen Minusbetrag erwirtschaftet, wird aber mit dem Haushaltsjahr 2007 und folgend voraussichtlich wieder schwarze Zahlen „schreiben“. Dass dabei die Mitgliederentwicklung eine nicht unwichtige Rolle für die Finanzentwicklung des Bezirks und auch der Unterbezirke, ja selbst für die Ortsvereine spielt, muss noch einmal

besonders erwähnt werden. Die vom Bezirk vorgeschlagene und in vorbildlicher Weise von seinen Ortsvereinen und Unterbezirken übernommene Regelung zur Konsolidierung des Landesverbands in den Jahren 2004 bis 2006 ist ausgelaufen. Ab dem ersten Quartal 2007 erhalten Ortsvereine und Unterbezirke wieder ihren „alten“ Anteil am Beitragsaufkommen und verfügen damit wieder jährlich insgesamt und jeweils für beide

Gliederungsebenen über eine fünfstellige Summe Mehreinnahmen. Mit Ablauf der Wahlperiode soll allen hauptamtlichen Mitarbeiter/innen der Partei und jenen, die im „Umfeld“ für die SPD tätig sind, ausdrücklich gedankt werden. Insbesondere gilt dies für die Kollegin/die Kollegen, die nach teilweise vielen Arbeitsjahren aus dem Berufsleben ausgeschieden sind: Rolf-Dieter Backhauf, Helga Brüdgam und Volker Lagemann.

## Mit dem Mitgliederwettbewerb werben wir 10 Prozent Neue

■ Im Mai 2006 hat der Parteivorstand beschlossen, vom 1. Juni 2006 bis zum Sommer 2008 eine Kampagne zur Werbung von neuen Mitgliedern durchzuführen. Innerhalb von zwei Jahren sollen auf Bundesebene zehn Prozent, also rund 58 000 neue Mitglieder geworben werden.

Dieser Entscheidung des Parteivorstands hat sich der Bezirksvorstand mit einem einstimmigen Beschluss am 25. August 2006 angeschlossen und die Ziele und einzelnen Schritte der Werbekampagne beschrieben. Bis zum Sommer 2008 sollen im SPD-Bezirk Braunschweig 1480 neue Mitglieder geworben werden.

Wesentliche Elemente der Werbekampagne sind:

- Allen Mitgliedern der SPD, insbesondere aber den Funktions- und Mandatsträgern, soll eindringlich bewusst gemacht werden, dass die Mitgliederwerbung für die Partei von existenzieller Bedeutung ist.
- Die Werbekampagne wird in der Form eines Wettbewerbes durchgeführt, wobei die besten Werberinnen und Werber, die besten Ortsvereine und Unterbezirke in geeigneter Weise belohnt werden. Als Preise werden attraktive Reisen und Sachpreise von unterschiedlichem Wert ausgelobt.

Fotos rechts, oben: Teilnehmer bei der Auftaktveranstaltung des Parteivorstandes zur Mitgliederwerbekampagne mit Generalsekretär Hubertus Heil.

Unten: Teilnehmer des Neumitgliederabends am 6. Oktober 2006 im Volksfreundsaal in Braunschweig.



## Mitgliederwerbekampagne im SPD-Bezirk Braunschweig

### Ranking der Unterbezirke

(Stand Ende Februar 2007)

Gliederung	Name	Mitglieder Mai 2006	Ziel 10% vom Bestand	Eintritte bis 28.2.2007	erreichte Zielsetzung in %	OG-Typ
170090000000	SPD-Unterbezirk Wolfsburg	994	99	8	8,08	UB
170010000000	SPD-Unterbezirk Braunschweig	2.053	205	24	11,71	UB
170070000000	SPD-Unterbezirk Peine	2.050	205	33	16,10	UB
170020000000	SPD-Unterbezirk Osterode	1.258	126	26	20,63	UB
170050000000	SPD-Unterbezirk Salzgitter	1.211	121	29	23,97	UB
170080000000	SPD-Unterbezirk Gifhorn	1.510	151	37	24,50	UB
170030000000	SPD-Unterbezirk Helmstedt	1.452	145	43	29,66	UB
170040000000	SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel	1.891	189	64	33,86	UB
170060000000	SPD-Unterbezirk Goslar	1.740	174	100	57,47	UB
<b>170000000000</b>	<b>SPD-Bezirk Braunschweig</b>	<b>14.159</b>	<b>1.416</b>	<b>364</b>	<b>25,71</b>	<b>BZ</b>

- Um den Mitgliederwettbewerb transparent zu gestalten und die Motivation der Beteiligten zu steigern, werden die Ergebnisse der Werbeaktion monatlich in einem Ranking, differenziert nach Werber/innen, Ortsvereinen und Unterbezirken möglichst im Vorwärts, sonst über Info-Mails und Internet veröffentlicht.
- In Workshops werden interessierten Mitgliedern und Funktionären die verschiedenen Möglichkeiten der Mitgliederwerbung vermittelt.
- Den Ortsvereinen und Verbänden werden für Mitgliederversammlungen geschulte Referentinnen und Referenten angeboten, die „vor Ort“ die Schwerpunkte und Ziele der Kampagne erläutern. Zur Unterstützung wird entsprechendes Material zur Verfügung gestellt.
- Einbindung der Kampagne in die Programmdebatte und in den Landtagswahlkampf.
- Zielgruppenorientierte Aktionen der Arbeitsgemeinschaften.

### Der Verlauf des Mitgliederwettbewerbs

An einem sehr interessanten und erfolgreichen Workshop am 4. November 2006 haben 80 Personen teilgenommen. Vertreter des Parteivorstandes und des Landesverbandes Hamburg haben die Mitgliederentwicklung und erfolgreiche Werbekampagnen vorgestellt. Danach wurden in Arbeitsgruppen verschiedene Werbe-

### Mitgliederwerbekampagne im SPD-Bezirk Braunschweig Ranking der Werber

(mit mind. 2 Werbungen, Stand Ende Februar 2007)

SPD-OA Jerxheim	Hentschel	Jürgen	20
SPD-OV Bad Harzburg	Riesen	Michael	6
SPD-OV Schöppenstedt	Söchtig	Bernd	5
SPD-OA SZ Krähenriede	Perik	Muzaffer	5
SPD-OV Gielde	Märtens	Julian	4
SPD-OV Schöppenstedt	Hiesch	Bernd	4
SPD-OV Bad Harzburg	Beck	Maximilian	4
SPD-OV Clausthal-Zellerfeld	Taube	Volker	4
SPD-OV Börßum	Wessel	Dietmar	3
SPD-OA SZ Schölke	Lolies	Tim	3
SPD-OV Drütte	Roth	Wolfgang	3
SPD-OV Bad Harzburg	Jankowski	Bernd	3
SPD-OA GS-Altstadt	Scheller	Klaus	3
SPD-OA GS-Nord	Gabriel	Sigmar	3
SPD-OA Ildehausen	Kleinfeld	Ralf	3
SPD-OV Rautheim	Heinemann	Jutta	2
SPD-OA Mariental	Luckstein	Marcel	2
SPD-OA Ochsendorf	Gerloff	Otto	2
SPD-OA Bahrdorf	Kirchner	Hans-Walter	2
SPD-OV Abbenrode	Wenzel	Dieter	2
SPD-OV Börßum	Ganzauer	Oliver	2
SPD-OV Schöppenstedt	Mühe	Karl-Heinz	2
SPD-OV Schöppenstedt	Petersen	Dirk	2
SPD-OV Auguststadt	Weddige-Degenhard	Dörthe	2
SPD-OV Fämmelse	Steinmann	Lutz	2
SPD-OV Salzdahlum/Atzum	Niewerth	Hans	2
SPD-OV SZ-Bad	Letter	Laura	2
SPD-OV Bad Harzburg	Willgeroth	Angelika	2
SPD-OV Bad Harzburg	Pietscher	Thomas	2
SPD-OA Langelsheim	Schnute	Wolfgang	2
SPD-OA Döhren	Ciomperlik	Dirk	2
SPD-OA Broistedt	Bratsiotis	Silvia	2
SPD-OA Wendeburg-Harves	Kreinjobst	Friedrich	2
SPD-OA Hankensbüttel	Rausch	Martin	2

strategien diskutiert und erarbeitet.

In einem weiteren Workshop wurden 25 Referent/innen für Vorträge in den Ortsvereinen und Verbänden ausgebildet.

Nach neun Monaten, also vom 1. Juni 2006 bis 28. Februar 2007, stellen sich die Ergebnisse der Werbekampagne wie in den nebenstehenden Übersichten wiedergegeben dar.

Die Zahlen zeigen folgende Tendenzen auf:

a) Während die Unterbezirke Goslar und Wolfenbüttel ihr „Sollziel“ bereits übererfüllt bzw. erfüllt haben, liegen einige Unterbezirke prozentual noch etwas zurück bzw. sogar sehr weit zurück. Das Thema wird augenscheinlich in den verschiedenen Unterbezirken und Ortsvereinen mit unterschiedlichem Nachdruck bzw. teilweise mit zu wenig Elan behandelt.

b) Von insgesamt 175 Ortsvereinen im Bezirk haben in den genannten neun Monaten 105 Ortsvereine ein oder mehr Mitglieder geworben. Zwölf Ortsvereine haben ihr „Sollziel“ bereits zu 100 oder sogar bis zu 300 Prozent (über-)erfüllt, 34 Ortsvereine liegen im Verhältnis zur Zeit (24 Monate werden insgesamt gezählt) genau im Soll! Und immerhin noch 50 Ortsvereine liegen über dem Bezirksdurchschnitt bei der bisher erreichten Zielsetzung!! Aber in 70 Ortsvereinen (!) wurden im Berichtszeitraum bisher leider gar keine neuen Mitglieder geworben. Befragungen der erfolgreichen Ortsvereine haben ergeben, dass bei diesen das Ortsvereinsleben sehr politisch, lebendig und attraktiv ist und dass das Thema Mitgliederwerbung immer wieder zum Thema gemacht und in den Mittelpunkt der Aktivitäten gestellt wird.

c) Aussagen über die Motivation der besonders erfolgreichen Werber/innen zeigen, dass gesehen wird, dass die Mitgliederwerbung für die Partei von existenzieller Bedeutung ist und dass man etwas tun muss. Weiterhin wird der Wettbewerbscharakter immer mehr zur Triebfeder für die aktive Werbung. Viele Werber/innen wollen, dass ihr Ortsverein ganz oben steht und dass sie selbst im positiven Licht stehen.

Stand: Ende Februar 2007



Informationen zur Mitgliederkampagne im Internet unter <http://www.mitmachen.spd.de>

## Mitgliederwerbekampagne im SPD-Bezirk Braunschweig Ranking der Ortsvereine

(mit mind. 30 Prozent Zielerfüllung, Stand Ende Februar 2007)

Name	Mitglieder Mai 2006	Ziel 10% vom Bestand	Eintritte bis 28.2.2007	erreichte Zielsetzung in %
SPD-OV Heeseberg	60	6	18	300,00
SPD-OV Abbenrode	6	1	3	300,00
SPD-OV Drütte	19	2	5	250,00
SPD-OV Gielde	22	2	5	250,00
SPD-OV Bad Harzburg	176	18	36	200,00
SPD-OV Altenau	23	2	3	150,00
SPD-OV Roklum-Hedeper	25	2	3	150,00
SPD-OV Schöppenstedt	143	14	19	135,71
SPD-OV Adenbüttel-Didderse	63	6	6	100,00
SPD-OV Hallendorf	40	4	4	100,00
SPD-OV Dahlum	14	1	1	100,00
SPD-OV Kl. Schöppenstedt	10	1	1	100,00
SPD-OV Goslar	347	35	32	91,43
SPD-OV Denkte-Kissenbrück	60	6	5	83,33
SPD-OV Wenden	37	4	3	75,00
SPD-OV Salzdahlum/Atzum	32	3	2	66,67
SPD-OV Vienenburg	128	13	7	53,85
SPD-OV Börßum	119	12	6	50,00
SPD-OV Hankensbüttel	62	6	3	50,00
SPD-OV Sassenburg	65	6	3	50,00
SPD-OV Braunlage	40	4	2	50,00
SPD-OV Meine	40	4	2	50,00
SPD-OV Rosenthal	43	4	2	50,00
SPD-OV Wildemann	39	4	2	50,00
SPD-OV Destedt	21	2	1	50,00
SPD-OV Haverlah	22	2	1	50,00
SPD-OV Hordorf	21	2	1	50,00
SPD-OV Salder	19	2	1	50,00
SPD-OV Werlaburgdorf	19	2	1	50,00
SPD-OV Schladen	74	7	3	42,86
SPD-OV Gebhardshagen	97	10	4	40,00
SPD-OV Braunschweig-Süd	52	5	2	40,00
SPD-OV Wilhelmitor	53	5	2	40,00
SPD-OV Südharz	106	11	4	36,36
SPD-OV Lebenstedt	361	36	12	33,33
SPD-OV Herzberg	150	15	5	33,33
SPD-OV Wendeburg	125	12	4	33,33
SPD-OV Heinrich-/Juliusstadt	89	9	3	33,33
SPD-OV Brome	55	6	2	33,33
SPD-OV Duttonstedt	33	3	1	33,33
SPD-OV Ehra-Lessien	27	3	1	33,33
SPD-OV Flöthe	29	3	1	33,33
SPD-OV Gardessen	30	3	1	33,33
SPD-OV Rautheim	30	3	1	33,33
SPD-OV Vordorf	30	3	1	33,33
SPD-OV Weddel	30	3	1	33,33
SPD-OV Helmstedt	297	30	9	30,00

# Innerparteiliche Bildung



■ Die innerparteiliche Bildung hatte in der Geschichte der SPD immer einen hohen Stellenwert. Eine intensive Bildungsarbeit ist für uns eine Daueraufgabe, denn wir brauchen für unsere politische Arbeit immer wieder neu gut ausgebildete, qualifizierte Funktionäre und Mandatsträger.

Um unseren Funktions- und Mandatsträgern und allen interessierten Mitgliedern ein umfassendes Bildungsangebot zu machen, hat der SPD-Bezirk Braunschweig vom Jahr 2003 an erstmals wieder ein vielfältiges Angebot an Seminaren unterbreitet. Im einzelnen wurden folgende Themen angeboten:

- Grundsätze der Partei / Grundsatzprogramm / Parteigeschichte
- Parteiarbeit vor Ort / Motivation für Ortsvereinsvorsitzende
- Rhetorik und freies Reden
- Presse- und Öffentlichkeitsarbeit
- Schlüsselqualifikationen wie z.B. Teambildung, Veranstaltungsmanagement, Konfliktlösungsstrategien, Verhandlungsführung, Zielfindung
- Kommunalpolitik kompakt und speziell
- aktuelle Themen aus der Landes- und Bundespolitik

Im Berichtszeitraum für die Jahre 2005 und 2006 konnten die Bildungsangebote ganz wesentlich ausgeweitet werden. Im einzelnen handelte es sich um folgende Angebote:

1. Zum zweiten Mal wurde 2005/2006 die *Kommunalakademie* angeboten. Insgesamt 48 Teilnehmerinnen und Teilnehmer nahmen an zwei Wochenendseminaren und acht Tagesseminaren teil und wurden in allen wich-



Verleihung des Zertifikats an Teilnehmer der 1. Kommunalakademie in Braunschweig mit Koordinator Karl-Heinz Mühe (links) und dem Bezirksvorsitzenden Sigmar Gabriel (rechts).

tigen Themen der Kommunalpolitik und in wichtigen Schlüsselqualifikationen fortgebildet. Sie absolvierten so fast 90 Seminarstunden und erhielten am Schluss ein Zertifikat für ihre Teilnahme.

2. Zur Zeit läuft in gleicher Weise die 3. *Kommunalakademie* mit 22 Teilnehmerinnen und Teilnehmern. Sie wird im September dieses Jahres beendet.
3. Über diese Angebote hinaus fanden 2005 und 2006 zusätzlich 17 Einzelseminare an Wochenenden statt. Hier wurden im wesentlichen Themen wie bereits o.a. vermittelt.
4. Um mit unseren neuen Mitgliedern ins Gespräch zu kommen, mit ihnen über die Politik der SPD zu diskutieren und um sie aktiv zu betreuen, wurden drei Abende mit Sigmar Gabriel und zahlreichen Neumitgliedern durchgeführt.

Im Jahr 2006 haben insgesamt 422 Personen die Seminarangebote des Bezirks wahrgenommen.

Als Tagungsstätte diente uns immer das Freizeit- und Bildungszentrum Asse. Es wird von allen Seminarteilnehmern gerne

angenommen und bietet uns alle Voraussetzungen für eine erfolgreiche Bildungsarbeit.

Allen Referenten und Teamern, die die Seminare durchgeführt haben, sei an dieser Stelle herzlich gedankt.

Über die o.a. Seminar- und Bildungsangebote hinaus wurden zwei Workshops zur Mitgliederwerbung durchgeführt. Des weiteren hat der Bezirk an die Unterbezirke, Ortsvereine und Arbeitsgemeinschaften Referentinnen und Referenten für eigene Bildungsveranstaltungen vermittelt.

## Ausblick

Für die laufende und zukünftige politische Arbeit sind folgende Seminarangebote in Vorbereitung:

- Parteiarbeit vor Ort / Vorstandsarbeit
- Das neue Grundsatzprogramm der SPD
- Neue Mitglieder lernen die Partei kennen
- Rhetorik / Öffentlichkeitsarbeit / Schlüsselqualifikationen
- Europa und die Globalisierung
- Umweltpolitik / Treibhauseffekt / Kli-

maschutz / Energiepolitik

- Entwicklungen des Rechtsextremismus und unsere Antwort

Alle Bildungsangebote sind als Hilfe und Unterstützung für die praktische, politische Arbeit in den Ortsvereinen und Unterbezirken gedacht. Für neue Ideen und Vorschläge, aber auch für Kritik, sind wir dankbar.

Wir hoffen, dass die Angebote gut angenommen werden, und bitten insbesondere die Vorsitzenden der Ortsvereine, der Verbände und der Rats- und Kreistagsfraktionen, ihre Mitglieder über die Seminar- und Bildungsangebote regelmäßig zu informieren.

*Karl-Heinz Mühe*



Teilnehmer der 3. Kommunalakademie bei der Auftaktveranstaltung.

## Vertretung in Projekt- und Arbeitsgruppen des Landesverbandes

### Fachausschuss „Zukunft der Bildung“

Renate Jürgens-Pieper  
Annegret Ihbe  
Ingrid Eckel als MdL

### Fachausschuss „Sport“

Klaus-Peter Bachmann  
Wolfgang Kück  
Karl-Heinz Mühe  
Ingolf Viereck  
Ralf Gorny  
Norbert Rüscher

### Arbeitsgruppe „Wirtschaft“

Petra Emmerich-Kopatsch  
Prof. Dr. Michael Hamann  
Volker Mewes  
Peter-Jürgen Schneider

### Projektgruppe „Nachwuchsförderung“

Hubertus Heil  
Ralf Gorny

### Projektgruppe „Mentoring“

Petra Emmerich-Kopatsch  
Ralf Gorny

### SGK-Niedersachsen

Franz Einhaus, stellv. Vorsitzender  
Burkhard Drake  
Peter Kopischke  
Horst Voigt  
Detlef Tanke

## Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 2005

Einnahmen	EUR	Ausgaben	EUR
Mitgliedsbeiträge	623.849,26	Personalausgaben	617.007,51
Mandatsträgerbeiträge	59.969,55	Lfd. Geschäftsbetrieb	148.104,05
Übersch. aus Vermögen	17.991,95	Allg. politische Arbeit	29.182,84
Spenden	24.725,26	Öffentlichkeitsarbeit	37.864,38
Zuschüsse von Gliederungen	235.581,30	Zuschüsse an Gliederungen	138.104,00
Sonstiges	0	Wahlen	14.694,99
<b>Insgesamt</b>	<b>962.117,32</b>		<b>984.957,77</b>

## Übersicht der Einnahmen und Ausgaben 2006

(Änderung des Kontenrahmens)

Einnahmen	EUR	Ausgaben	EUR
Mitgliedsbeiträge	613.149,92	Personalausgaben	583.950,53
Mandatsträgerbeiträge	42.630,60	Lfd. Geschäftsbetrieb	115.396,06
Übersch. aus Vermögen	23.426,40	Allg. politische Arbeit	87.125,32
Spenden	45.860,00	Öffentlichkeitsarbeit	0
Zuschüsse von Gliederungen	200.595,56	Zuschüsse an Gliederungen	159.756,41
Sonstiges	0	Wahlen	13.406,67
<b>Insgesamt</b>	<b>925.662,48</b>		<b>959.634,99</b>

# Mitgliederbewegung und Beitragsdurchschnitt 2005 – 2006

Unterbezirk (Wahlberechtigte)	Mitglieder insgesamt 31.12.2005	davon männlich	davon weiblich	Anteil Frauen	Org.-Grad	Beitragsdurch- schnitt
<b>Braunschweig</b> 187 823	2093	1459	634	30,3 %	1,1 %	7,69 Euro
<b>Gifhorn</b> 131 898	1520	1097	423	27,8 %	1,2 %	6,44 Euro
<b>Goslar</b> 119 373	1753	1274	479	27,3 %	1,5 %	5,82 Euro
<b>Helmstedt</b> 77 634	1477	1061	416	28,2 %	1,9 %	5,58 Euro
<b>Osterode</b> 66 805	1263	959	304	24,1 %	1,9 %	5,42 Euro
<b>Peine</b> 103 478	2064	1484	580	28,1 %	2,0 %	5,96 Euro
<b>Salzgitter</b> 80 096	1220	879	341	27,9 %	1,5 %	6,73 Euro
<b>Wolfenbüttel</b> 98 808	1894	1308	586	30,9 %	1,9 %	6,43 Euro
<b>Wolfsburg</b> 91 590	1006	690	316	31,4 %	1,1 %	7,55 Euro

<b>Bezirk</b> 957 505	<b>14 290</b>	<b>10211</b>	<b>4079</b>	<b>28,5 %</b>	<b>1,5 %</b>	<b>6,39 Euro</b>
--------------------------	---------------	--------------	-------------	---------------	--------------	------------------

Unterbezirk (Wahlberechtigte)	Mitglieder insgesamt 31.12.2006	davon männlich	davon weiblich	Anteil Frauen	Org.-Grad	Beitragsdurch- schnitt
<b>Braunschweig</b> 187 823	2004	1392	612	30,5 %	1,1 %	7,82 Euro
<b>Gifhorn</b> 131 898	1487	1075	412	27,7 %	1,1 %	6,53 Euro
<b>Goslar</b> 119 373	1763	1268	495	28,1 %	1,5 %	5,94 Euro
<b>Helmstedt</b> 77 634	1430	1028	402	28,1 %	1,8 %	5,70 Euro
<b>Osterode</b> 66 805	1244	940	304	24,4 %	1,9 %	5,44 Euro
<b>Peine</b> 103 478	2030	1447	583	28,7 %	2,0 %	6,08 Euro
<b>Salzgitter</b> 80 096	1183	857	326	27,6 %	1,5 %	6,65 Euro
<b>Wolfenbüttel</b> 98 808	1886	1295	591	31,3 %	1,9 %	6,53 Euro
<b>Wolfsburg</b> 91 590	975	674	301	30,9 %	1,1 %	7,55 Euro

<b>Bezirk</b> 957 505	<b>14 002</b>	<b>9976</b>	<b>4026</b>	<b>28,7 %</b>	<b>1,5 %</b>	<b>6,46 Euro</b>
--------------------------	---------------	-------------	-------------	---------------	--------------	------------------



# Die SPD-Bundestagsabgeordneten im Bezirk Braunschweig

Zwischenbilanz für den Ordentlichen Bezirksparteitag am 21. April 2007 in Gifhorn



Der SPD-Bezirk Braunschweig ist auch nach der vorgezogenen Bundestagswahl 2005 stark in Berlin vertreten. Gemeinsam setzen wir uns für die Menschen unserer Region in Berlin ein.

Sigmar Gabriel, MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bezirksvorsitzender der SPD in Braunschweig.

Sigmar Gabriel, MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Salzgitter-Wolfenbüttel, Bundesminister für Umwelt, Naturschutz und Reaktorsicherheit, Bezirksvorsitzender der SPD in Braunschweig.

Hubertus Heil, MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Gifhorn-Peine, Generalsekretär der SPD, stellvertretender Bezirksvorsitzender der SPD in Braunschweig.

Carola Reimann, MdB, direkt gewählte Abgeordnete des Wahlkreises Braunschweig, Sprecherin der Arbeitsgruppe Gesundheit der SPD-Fraktion, Mitglied des Ausschusses für Gesundheit, stellvertretendes Mitglied im Ausschuss für Bildung, Forschung und Technikfolgenabschätzung.

Hans-Jürgen Uhl, MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Helmstedt-Wolfsburg, Mitglied des Ausschusses für die Angelegenheiten der

Europäischen Union, stellvertretendes Mitglied des Ausschusses für wirtschaftliche Zusammenarbeit und Entwicklung, stellvertretender Vorsitzender der niedersächsischen Landesgruppe in der SPD-Bundestagsfraktion, Mitglied in der SPD-Arbeitsgruppe Welt- und Außenwirtschaft.

Dr. Wilhelm Priesmeier, MdB, direkt gewählter Abgeordneter für den Wahlkreis Goslar-Northeim-Osterode, stellvertretender agrarpolitischer Sprecher der SPD-Fraktion, Mitglied des Ausschusses für Ernährung, Landwirtschaft und Verbraucherschutz, stellvertretendes Mitglied des Finanzausschusses, Tierschutzbeauftragter der SPD-Bundestagsfraktion.

## Eine Zwischenbilanz

### Was wir erreicht haben, was wir noch bewegen wollen

Achtzehn Monate ist die Große Koalition nun im Amt und die Zwischenbilanz unserer Arbeit kann sich sehen lassen. Vieles trägt unsere sozialdemokratische Handschrift:

- Die Arbeitslosenzahl konnte massiv um mehr als 826 000 gesenkt werden.
- Die Zahl der Erwerbstätigen steigt kontinuierlich.
- Der wirtschaftliche Aufschwung ist deutlich spürbar und bedeutet mehr Sicherheit für Arbeitsplätze.
- Durch konsequente Sparmaßnahmen und Mehreinnahmen konnte die Staatsverschuldung auf 1,7 Prozent des Bruttoinlandsprodukts stark reduziert werden – erstmals seit 2001 haben wir somit wieder die Maastrichtkriterien erfüllt.
- Die Beiträge zur Arbeitslosenversicherung konnten von 6,5 Prozent um ein Drittel auf 4,2 Prozent gesenkt werden.
- Wir haben die Föderalismusreform verabschiedet – die Kompetenzen zwischen Bund und Ländern sind nun klarer aufgeteilt.
- Das Gesundheitswesen haben wir den demographischen Veränderungen angepasst sowie zukunftsfester und solidarischer gemacht.
- Mit dem Elterngeld geben wir jungen Eltern im ersten Jahr finanzielle Sicherheiten.
- Die Kinderbetreuungskosten sind in Zukunft steuerlich absetzbar.
- Wir haben zusätzliche finanzielle Mittel für Verkehrsinfrastrukturprojekte in unserer Region gesichert (rund 350 Millionen Euro bis 2010).
- Die negativen Folgen der EU-Dienstleistungsrichtlinie für Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer sowie kleine und mittlere Unternehmen konnten wir abwenden.
- Das Entsendegesetz wurde nach dem Baugewerbe auf den Bereich der Gebäudereinigung ausgeweitet – das bedeutet faire Löhne für Arbeitnehmer und Sicherheiten für Unternehmen vor Dumpingpreisen der Mitbewerber.
- Wir haben die Mitbestimmung gesichert und ausgebaut – heute gibt es mehr Betriebsratsmandate als je zuvor.
- Mit der Fortführung des CO<sub>2</sub>-Gebäudesanierungsprogramms ermöglichen wir privaten Hausbesitzern und Wohnungsbaugesellschaften kostengünstige Renovierungsarbeiten. Das ist ein wichtiger Beitrag für den Umweltschutz und sichert Aufträge und Arbeit im regionalen Gewerbe.
- Wir haben uns dafür eingesetzt, dass ab 2007 keine EU-Subventionen für Unternehmensverlagerungen und somit Arbeitsplatzverlagerungen von einem Mitgliedsland in ein anderes gezahlt werden dürfen.
- Über 6 Milliarden Euro werden in dieser Legislaturperiode in Forschung und Entwicklung investiert. Das kommt auch unseren Forschungseinrichtungen in der Region Braunschweig zugute.
- Mit dem Ausbau des Sonderprogramms zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) fördern wir die Ausbildung junger Erwachsener.

## Wirtschaftlicher Aufschwung – sozialer Wandel – Arbeitnehmerrechte

Ein konstantes Wirtschaftswachstum, weniger Arbeitslose, mehr sozialversicherungspflichtige Jobs, Senkung der Beiträge für die Arbeitslosenversicherung und eine gesunkene Staatsverschuldung sind positive Entwicklungen der letzten Monate. Die Weichenstellungen der rot-grünen Bundesregierung unter Kanzler Gerhard Schröder beginnen zu wirken. Gleichwohl müssen wir diese gute konjunkturelle Phase nutzen, um Deutschland zukunftsfester zu machen.

Der demographische Wandel, das heißt das Älterwerden unserer Gesellschaft, stellt uns vor neue Herausforderungen, die wir gemeinsam bewältigen müssen. Wir sehen durch diese Entwicklung auch für unsere Region viele Wachstumsmöglichkeiten, etwa im Bereich der Altenpflege oder des Gesundheitswesens.

Die schrittweise Erhöhung des gesetzlichen Renteneintrittsalters auf 67 bis zum Jahr 2029 ist ein schmerzlicher, leider unabwendbarer Schritt, um auch in Zukunft ein finanzierbares Rentensystem zu gewährleisten. Wir setzen uns jedoch dafür ein, dass ältere Arbeitnehmer von Unternehmen mehr berufliche Perspektiven bekommen. Wir werden in Deutschland bis zum Jahr 2030 rund 7 Millionen weniger Menschen im erwerbsfähigen Alter haben. Deshalb sind wir in Zukunft auf die Arbeitskraft von Älteren noch stärker angewiesen. Solange sich diese Entwicklungen noch nicht einstellen, müssen wir jedoch mit verschiedenen Programmen nachhelfen. Die Initiative 50plus und die Altersteilzeit sind wichtige Bausteine dafür.

Der wirtschaftliche Aufschwung darf jedoch nicht nur für Unternehmen Vorteile bringen. Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer müssen gerecht am Wachstum beteiligt werden. Dies ist grundsätzlich Aufgabe der Tarifautonomie, die wir gegen CDU/CSU und FDP erfolgreich verteidigt haben. Die Löhne

müssen jetzt steigen. In einigen Branchen jedoch greifen die einzelnen Tarifverträge nicht mehr ausreichend. Hier brauchen wir gesetzliche Regelungen, die faire Löhne gewährleisten und Preisdumping verhindern. Deshalb haben wir die Ausweitung des Entsendegesetzes auf die Gebäudereinigungsbranche vorangetrieben und stehen für einen gesetzlichen Mindestlohn ein.

Für unsere Region ist es zudem unerlässlich, dass Arbeitnehmer aktiv an Unternehmensentscheidungen teilhaben. Wir haben erreicht, dass die Mitbestimmung weiter ausgebaut werden konnte – heute gibt es mehr Betriebsratsmandate als je zuvor. Angesichts der Globalisierung gilt es jedoch das deutsche Modell der Mitbestimmung international stärker zu verankern, um unsere guten Standards langfristig zu sichern. Das Schleifen des Kündigungsschutzes haben wir gegen CDU/CSU und FDP erfolgreich verhindert.

Wir treten für den Erhalt des VW-Gesetzes ein, das niemandem schadet und allen nützt.

Zudem haben wir uns für den Erhalt der GA-West-Mittel eingesetzt, wodurch Projekte der Region gefördert werden.

Auf europäischer Ebene wollen wir besonders während der deutschen EU-Ratspräsidentschaft in diesem Halbjahr die soziale Dimension stärker in den Vordergrund rücken.

## Gesundheitsreform

Anfang des Jahres haben wir die Gesundheitsreform verabschiedet. Wir Sozialdemokraten konnten zwar nicht alle unsere Vorstellungen umsetzen, doch insgesamt ist die Reform besser als ihr Ruf. Das Ziel für die Verhandlungen war, das Gesundheitswesen auch in Zukunft leistungsfähig, finanzierbar und vor allem solidarisch zu halten. Wir haben erstmals eine Gesundheitsreform verabschiedet, die ohne Leistungskürzungen auskommt. Es werden sogar Leistungen ausgebaut (z.B. bei der palliativmedizinischen Versorgung von Schwerstkranken, bei häuslicher Krankenpflege, bei Eltern-Kind-Kuren und bei Reha-Maß-

nahmen für Ältere). Wir haben erreicht, dass es ab 2009 eine Versicherungspflicht für alle gibt. Über 300 000 heute Nichtversicherte werden dadurch wieder eine Krankenversicherung haben. Zudem haben wir dafür gesorgt, dass private Krankenversicherungen in Zukunft keine Leute mehr ablehnen dürfen und privat Versicherte leichter ihre Krankenkasse wechseln können. Ab 2009 gibt es einen einheitlichen Beitragssatz und die Beiträge der gesetzlich Versicherten werden über einen Fonds solidarisch an die Krankenkassen verteilt. Gesamtgesellschaftliche Aufgaben der gesetzlichen Krankenversicherungen werden in Zukunft stärker mit Steuermitteln und somit gerechter finanziert.

## Infrastruktur

Die Basis für wirtschaftliche Wettbewerbsfähigkeit ist eine gut ausgebaute Verkehrsinfrastruktur. Diese kommt vielen Pendlern, aber auch den Unternehmen zugute und entlastet Dörfer und Städte vom Durchgangsverkehr. Deshalb engagieren wir uns auf Bundes-, Landes- und Kommunalebene für viele Projekte in unseren Wahlkreisen.

Gemeinsam haben wir erreicht, dass der Bund bis 2010 rund 350 Millionen Euro in Infrastrukturprojekte unserer Region investieren wird. Hierzu zählen der Ausbau der Bahnstrecke Hildesheim-Groß Gleidingen-Braunschweig, der schon laufende Lückenschluss der A 39 zwischen Cremlingen und dem Autobahnkreuz Wolfsburg/Königslutter, der 6-spurige Ausbau der A7 zwischen dem Anschlussstück Seesen und dem Autobahnkreuz Salzgitter, der Bau der Ortsumgehung Velpke-Oebisfelde (B 188), der teilweise Neubau von Bad Lauterberg nach Scharzfeld (B 27) und nach Bad Sachsa (B 243) und der Ausbau des Mittellandkanals und des Elbe-Seitenkanals.

Die geplante Verlängerung der A 39 von Wolfsburg nach Lüneburg, die auch in den vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrswegeplans aufgenommen wurde, ist weiterhin auf gutem Weg. In diesem Sommer soll die genaue Trassenführung

fixiert werden. Auch für die Orts- umgebung Brome (B 244/248) haben wir uns eingesetzt. Sie ist auch im vorrangigen Bedarf des Bundesverkehrs- wegeplans.

## Klimaschutz

Starke Stürme über Deutschland, Überschwemmungen auf allen Kontinenten und der milde Winter haben deutlich gemacht, dass sich das weltweite Klima verändert. Es gilt heute zu handeln, um morgen nicht vor unlösbaren Problemen zu stehen. Die Reduzierung des CO<sub>2</sub>- Ausstoßes ist dabei ein zentraler Bestandteil. Eines ist klar, jeder kann und muss dazu einen Beitrag leisten. Umweltschutz verursacht jedoch nicht nur Kosten, sondern sichert Arbeitsplätze und hilft durch geringeren Energiebedarf langfristig Geld einzusparen. Das CO<sub>2</sub>- Gebäudesanierungsprogramm führt dazu, dass gerade regionale Klein- und Mittelbetriebe Aufträge bekommen. Das stärkt die Wirtschaft auch in unserem Raum.

Auch die Landwirtschaft kann durch den Anbau nachwachsender Rohstoffe, Biokraftstoffe etc. vom Klimaschutz profitieren.

Für das 2012 auslaufende Kyoto-Protokoll brauchen wir einen Nachfolger, bei dem auch Länder wie die USA und Australien mit im Boot sitzen müssen. Nur gemeinsam können wir die globalen Bedrohungen durch die Erderwärmung bewältigen.

## Familie, Bildung und Forschung

Mit der Einführung des Elterngeldes helfen wir jungen Familien in den ersten

Monaten nach der Geburt von Kindern. Uns Sozialdemokraten war dabei besonders wichtig, dass alle Eltern von dieser Regelung profitieren können. Zwölf bis 14 Monate bekommen Eltern mindestens 67 Prozent des entfallenen Nettoeinkommens vom Staat ausbezahlt. Mindestens erhält man 300 Euro, die Obergrenze bilden 1800 Euro. Für Elternteile ohne Einkommen gilt die Untergrenze von 300 Euro. Diese Regelung ist an die geänderten Lebensbedingungen junger Menschen angepasst und soll so ein Zusammenspiel von Kindern und Beruf erleichtern.

Der Kontakt zwischen Jung und Alt ist für uns ein wichtiger Bestandteil des gesellschaftlichen Zusammenlebens. Deshalb haben wir uns dafür eingesetzt, dass der Bund in allen Landkreisen und kreisfreien Städten Treffpunkte für Generationen fördert. Für fünf Jahre bekommen sogenannte Mehrgenerationenhäuser 40 000 Euro jährlich an Fördermittel. Im SPD-Bezirk gibt es bereits eine Vielzahl solcher Einrichtungen – in Helmstedt, Gifhorn, Goslar, Northeim, Peine, Wolfenbüttel, Braunschweig, Salzgitter und Osterode am Harz.

Die Themen Bildung, Weiterbildung und Ausbildung sind für uns Sozialdemokraten zentrale Bausteine bei der Zukunftsentwicklung der Region. Aus diesem Grund unterstützen wir die Fortsetzung unseres erfolgreichen Ganztagschulensprogramms, den Ausbau von Kinderbetreuungsplätzen, die Weiterentwicklung von Hochschulstandorten in unserer Region und die stärkere Förderung von Forschung, vor allem in Wissenschaft und Klein- und Mittelbetrieben.

Defizite sehen wir vor allem bei den Ausbildungsplätzen. Nach wie vor kom-

men viele Unternehmen ihren Verpflichtungen nicht nach und bilden gar nicht oder zu wenig aus. Deshalb fordern wir gemeinsam mit der SPD-Bundestagsfraktion, die Unternehmer mehr in die Pflicht zu nehmen, damit junge Menschen wieder eine Perspektive bekommen. Die Senkung der Jugendarbeitslosigkeit ist ein Schwerpunktthema unserer Arbeit.

Wir SPD-Bundestagsabgeordneten leisten selbst unseren Beitrag auf diesem Gebiet. So bilden einige von uns in ihren Berliner Büros junge Erwachsene aus. Zudem haben wir auf Bundesebene erreicht, dass das Sonderprogramm zur Einstiegsqualifizierung Jugendlicher (EQJ) von 25 000 auf 40 000 Plätze aufgestockt wurde. Ziel dieses Programms ist es, die Ausbildungsreife von Jugendlichen zu verbessern und junge Menschen, deren Vermittlungschancen auf dem Ausbildungsmarkt aus individuellen Gründen eingeschränkt sind, effektiv zu fördern.

Auch die Weiterbildung muss in unserer Region noch stärker gefördert werden. Wir unterstützen ein lebenslanges Lernen, denn nur so ist gewährleistet, dass man mit den rasanten Entwicklungen, vor allem auf dem technologischen Gebiet, mithalten kann. Zusätzliche Weiterbildungsangebote – insbesondere auch für Ältere – bieten Beschäftigungschancen.

*Hans-Jürgen Uhl  
Sprecher der MdBs aus dem SPD-Bezirk Braunschweig*

*Stand: Anfang März 2007*

## Bericht über die Arbeit der Gruppe der SPD-Landtagsabgeordneten

■ In den Berichtszeitraum fallen die Bundestags- und Kommunalwahl. Durch Sigmar Gabriels Wahl in den Bundestag verloren wir nicht nur ein Mitglied der Braunschweiger Landtagsabgeordneten, sondern auch die Position des Landtagsfraktionsvorsitzenden. Dafür sind wir Braunschweiger mit Ingrid Eckel als Sprecherin des AK Kultus mit einem weiteren Sitz im Fraktionsvorstand vertreten.

Neben unserer täglichen Arbeit in den Ausschüssen legten wir großen Wert auf den Informationsaustausch mit anderen Entscheidungsträgern und gesellschaftlich relevanten Gruppen (Großraumverband, Sozialverbände, Gewerkschaften, Personalvertretungen usw.).

Wir luden sie zum Meinungsaustausch zu unseren monatlichen Gruppensitzungen ein.

Bei Bereisungen in der Region wurden dieser Meinungsaustausch vertieft und neue Informationen gesammelt. Ferner dienten die Bereisungen dazu, unsere KandidatInnen für die Kommunalwahl zu unterstützen.

Schwerpunktmäßig beschäftigte sich die Gruppe in ihren Sitzungen und bei den Bereisungen mit folgenden Themen:

- Neugliederung der Rettungsdienste/Leitstellen  
Gespräch mit Feuerwehr und Polizei
- Schulpolitik
- Tourismusförderung
- Regio-Stadtbahn
- Regionalisierungsmittel
- Neustrukturierung der Öffentlichen Versicherung  
Gespräch mit dem Personalrat
- Polizeireform  
Auswirkung auf den Bezirk Braunschweig  
Gespräche mit der GdP
- Gespräche mit der Diakonie
- Gespräche mit der Awo
- Besuch der U-Haftanstalt Braunschweig
- Bundestagswahl
- Kommunalwahl
- Landtagswahl



Die Landtagsabgeordneten (v.l.) Petra Emmerich-Kopatsch, Ingolf Viereck, Klaus-Peter Bachmann, Dörthe Weddige-Degenhard, Ingrid Eckel, Uwe-Peter Lestin, Rosemarie Tinius, Hans-Hermann Wendhausen, Isolde Saalman, Ulrich Biel, Klaus Schneck.

Wir 11 Abgeordnete aus dem SPD-Bezirk Braunschweig decken alle Politikfelder in der Fraktion ab und treten geschlossen auf.

Durch die Verkleinerung des Landtages und dadurch bedingte Veränderung der Wahlkreise hat der SPD-Bezirk Braunschweig zur Landtagswahl 2008 nur noch 14 statt bisher 17 Wahlkreise.

Von den jetzigen 11 Abgeordneten

- Isolde Saalman (WK 1 – Braunschweig-Nordost)
- Klaus-Peter Bachmann (WK 2 – Braunschweig-Südost)
- Ulrich Biel (WK 5 – Peine-Stadt)
- Rosemarie Tinius (WK 6 – Peine-Land)
- Uwe-Peter Lestin (WK 7 – Gifhorn-Süd)
- Klaus Schneck (WK 8 – Gifhorn-Nord)
- Hans-Hermann Wendhausen (WK 9 – Helmstedt)
- Ingolf Viereck (WK 10 – Königslutter)
- Ingrid Eckel (WK 11 – Wolfsburg)

- Dörthe Weddige-Degenhard (WK 12 – Wolfenbüttel)
- Petra Emmerich-Kopatsch (WK 15 – Seesen)

stellen sich für eine erneute Landtagskandidatur Klaus-Peter Bachmann, Petra Emmerich-Kopatsch, Klaus Schneck und Dörthe Weddige-Degenhard zur Verfügung.

Die Nominierungskonferenzen werden zur Zeit in allen Wahlkreisen durchgeführt.

Wir werden alle Kandidatinnen und Kandidaten im Wahlkampf unterstützen.

Mit unserer konstruktiven Oppositionsarbeit beweisen wir unsere Regierungsfähigkeit.

*Rosemarie Tinius*

*Sprecherin der SPD-Landtagsabgeordneten im SPD-Bezirk Braunschweig für die 15. Wahlperiode*

## Rechenschaftsbericht von Erika Mann, MEP

■ *Zu Anfang erst einmal ein großes Dankeschön an euch alle im Bezirk Braunschweig für die gute Zusammenarbeit in den vergangenen beiden Jahren.*

Der vorliegende Rechenschaftsbericht gibt euch einen Einblick in meine Arbeit und verweist gleichzeitig auf wichtige Bereiche, die für eure Arbeit in naher Zukunft von Bedeutung sein werden. Am Ende des Berichts findet ihr Hinweise auf verschiedene Informationsangebote. Seit der Europawahl am 13. Juni 2004 sind wir in Niedersachsen nur noch mit zwei Abgeordneten im Europäischen Parlament vertreten. Ich vertrete die SPD-Bezirke Hannover und Braunschweig mit insgesamt 22 Unterbezirken. Matthias Groote ist für die Region Weser-Ems zuständig. Alle norddeutschen SPD-Europaabgeordneten, Matthias Groote (Niedersachsen), Karin Jöns (Bremen), Willi Piecyk (Schleswig-Holstein), Vural Öger (Hamburg), Heinz Kindermann (Mecklenburg-Vorpommern) und ich, haben sich darauf verständigt, verstärkt zusammen zu arbeiten. Diese Zusammenarbeit trägt erste positive Früchte im Bereich „Küsten und Meerespolitik“.

*Ich bin auf eine gute Zusammenarbeit mit den Unterbezirken in den Bezirken Hannover und Braunschweig und auf eure Unterstützung angewiesen, damit ich meine Aufgabe, Ansprechpartnerin für unsere Region zu sein, wahrnehmen kann.*

### Europäische Politik prägt unser Leben mehr, als wir oft glauben oder wahrnehmen

Europäische Politik wird in Brüssel, in den Mitgliedstaaten und den Bundesländern gestaltet und umgesetzt. Nationale Entscheidungs- und Regulierungsräume werden häufig durch europäische überlagert und beeinflusst. Damit wir die vorhandenen Spielräume zum Wohle von Niedersachsen und damit auch zum Wohle der SPD in diesem Lande nutzen können, müssen wir unsere politischen Kräfte bündeln.

Allerdings gibt es auch viele Aspekte europäischer Politik, die immer wieder

zu starken Verunsicherungen in Niedersachsen führen, weil sie teilweise als Einmischung in die Autonomie regionaler Entscheidungen gesehen werden. Ein Beispiel ist die Klage der EU-Kommission zur Struktur des VW-Gesetzes. Weitere Beispiele für Konflikte zwischen europäischer und regionaler Politik sind der Sparkassenstreit; die immer wieder gestellte Frage, ob bei Ansiedlungen von Unternehmen aus Niedersachsen in den neuen europäischen Mitgliedsstaaten finanzielle Zuwendungen geflossen sind. Viele weitere Beispiele wären zu nennen – ich versuche in meiner täglichen Politik immer eine vernünftige Balance zu finden, die die berechtigten Interessen Niedersachsens im Auge hat, gleichzeitig aber nicht vergisst, dass eine Europäisierung regionaler und nationaler Politik in vielen Bereichen notwendig und sinnvoll ist.

Viele Initiativen, die für Niedersachsen wichtig sind, sind von mir angestoßen oder unterstützt worden. Zu nennen sind Aktivitäten im Bereich der BioEnergie und Biokraftstoffe. Ich habe die Einrichtung eines Europäischen Forschungsrates wesentlich unterstützt, der der bestehenden Forschungslandschaft in Niedersachsen im Bereich der Grundlagenforschung wichtige Impulse verleihen kann. Die Küsten- und Meerespolitik habe ich genauso aktiv unterstützt wie viele andere Initiativen in Niedersachsen. Kommunen, Städte, Einrichtungen, NGOs, Firmen, Gewerkschaften und Universitäten unterstütze ich aktiv und einzelnen Bürgern habe ich individuell geholfen. Dauerhafter Erfolg in der Europapolitik kann nur erreicht werden, wenn die lokalen Besonderheiten vor Ort berücksichtigt werden. Die bereits praktizierte rege Zusammenarbeit und der damit verbundene stetige Informationsaustausch mit vielen Interessengruppen tragen inzwischen erheblich dazu bei, europäische Politik effektiver mit regionaler und nationaler Politik zu vernetzen. Besonders hilfreich ist die Zusammenarbeit mit den Kollegen in den Kommunen, im Niedersächsischen Landtag und im Deutschen Bundestag.



Erika Mann, MEP.

Folgende europäische Themen werden 2007 besonders die niedersächsische Politik bestimmen: Energiepolitik (einschließlich BioEnergie/Biokraftstoffe) – Um-

setzung der Strukturpolitik (relevant für Niedersachsen insgesamt) – Forschungs- und Bildungspolitik (relevant für alle universitären Einrichtungen und Unternehmen) – Stärkung des Mittelstandes (wichtig in allen Bereichen von Forschung bis Außenwirtschaft) und Chancengleichheit.

Der Bezirk Braunschweig wird im Rahmen der neuen Strukturfondszuwendungen (2007 – 2013) finanzielle Mittel erhalten. Es wird darauf ankommen, diese Gelder sinnvoll zu verwenden und sie in zukunftssträchtige Projekte zu investieren. Eine sinnvolle landkreisübergreifende Kooperation wird wesentlich zum Erfolg beitragen. Mehr Informationen dazu sind in einem Sonder-Info „Regionale Entwicklung in Niedersachsen durch den Einsatz von Strukturfondsmitteln“ in meinem Büro in Hannover erhältlich.

### Deutsche Ratspräsidentschaft

Durch die Ratspräsidentschaft bestimmt Deutschland in der ersten Jahreshälfte 2007 entscheidend die europäische Politik. In diese Periode fallen viele Entscheidungen und Diskussionen, die erhebliche Auswirkungen haben werden, erwähnen möchte ich nur vier:

Erstens, im Zentrum aller Debatten und Entscheidungen wird die Frage stehen, wie das soziale Europa in der Zukunft in allen politischen Bereichen gesichert, ausgebaut und modernisiert werden kann. Zweitens wird von Deutschland mit Recht erwartet, dass es einen neuen realistischen Fahrplan für die Verfassung

entwickelt. 18 Staaten haben die vorliegende Verfassung ratifiziert. Zwei Länder (Niederlande und Frankreich) haben die Verfassung im Rahmen eines Referendums nicht angenommen. In sieben Staaten ruht der Vorgang.

Drittens, im Zentrum europäischer Außenpolitik steht Afghanistan, viele erwarten, dass sich die Situation im Frühjahr erneut verschärfen wird. Ungeklärt ist die Entscheidung über den zukünftigen Staats-Status von Kosovo. Einige europäische Staaten zeigen sich inzwischen unsicher, ob sie die Unabhängigkeit des Kosovos unterstützen wollen. Im Frühjahr werde ich erneut im Kosovo sein, da ich für die Bewilligung der Sonderbeihilfen im EP zuständig bin.

Viertens, die entscheidende Frage aber ist, ob nicht die Energiepolitik alle anderen Themen überlagern wird? Seit Monaten ringen die europäischen Staaten um strategische Entscheidungen. Über wie viel Energiesicherheit verfügen wir tatsächlich? Müssen die Infrastrukturen strategischer europäisch ausgerichtet werden? Gibt es wirklich ein Revival von Atompolitik in Europa? Wie stabil und sicher sind Investitionen in BioEnergie und Biokraftstoffe? Wie kann der große Erfolg der alternativen Energien weiter ausgebaut werden? Reichen die gesetzten Ziele aus?

Informationen zur deutschen Ratspräsidentschaft und zum 18-Monats-Programm von Deutschland, Portugal und Slowenien findet ihr unter folgender Internetseite: [www.eu2007.de](http://www.eu2007.de). Eine ausführliche Darstellung ist in meinem Büro erhältlich oder auf meiner Internetseite zu finden.

## Meine Arbeit im Europäischen Parlament

### Mitglied im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) sowie Sprecherin und Koordinatorin der SPE-Fraktion im Ausschuss für Internationalen Handel (INTA)

In der vergangenen Legislaturperiode (1999 – 2004) hatte ich mich sehr dafür eingesetzt, dass wir im Europäischen Parlament (EP) wieder einen eigenständigen Ausschuss für Außenwirtschaft

bekommen – mit Erfolg! Mit Beginn der neuen Legislaturperiode 2004 ist dieser Ausschuss eingerichtet worden. Seitdem bin ich Sprecherin und Koordinatorin für die SPE-Fraktion.

Die Bedeutung der europäischen Handelspolitik ist stetig gewachsen. Das EP hat in diesem Bereich zunehmend eine wichtige, allerdings nicht ausreichende Machtposition eingenommen. In bestimmten Bereichen gibt es ein politisches Vakuum. Deshalb arbeite ich zurzeit daran, dass bilaterale Freihandelsabkommen nur unter Zustimmung des EP angenommen werden können. Im Zentrum der Politik steht weiterhin die Hoffnung, dass die laufende WTO-Runde abgeschlossen werden kann, dass die Entwicklungsländer eine echte Chance im Welthandel erhalten und dass Umwelt- und Arbeitsstandards in multilateralen und bilateralen Abkommen integriert werden.

### Mitglied im Ausschuss für Industrie, Forschung und Energie (ITRE)

Im Zentrum meiner Arbeit standen die Beratungen zum Forschungsrahmenprogramm, zur Chemikaliengesetzgebung (REACH), zur Telekommunikations- und Internetregulierung und zur Patentpolitik. Diese Arbeiten werde ich auch in der Zukunft fortsetzen.

In unterschiedlichen Ausmaßen habe ich in diesen Bereichen Einfluss genommen. Beim Forschungsrahmenprogramm habe ich für die Einführung eines unabhängigen Forschungsrates gekämpft. Bei REACH war mein Ziel, dass es eine ausgewogene Gesetzgebung gibt, die sowohl Arbeitsschutz, Umweltbelange, Konsumentenschutz und wirtschaftliche Interessen berücksichtigt. – Bei der Telekommunikation habe ich mich u.a. für die Einführung einer europäischen Sicherheitsagentur ENISA eingesetzt. – Im Bereich Energiepolitik bin ich für ein stärkeres Engagement der EU bei BioEnergie-Kraftstoffen. – In der Patentpolitik unterstütze und verfolge ich eine realistische Position, die sinnvoll ist für Forscher, den Mittelstand und die Industrie.

### Vorsitzende der interparlamentarischen Delegation EU-Mexiko

Die EU hat mit Mexiko ein Freihandels-

abkommen abgeschlossen und infolge dessen gibt es eine interparlamentarische Delegation, die ich seit 2004 leite. Alle Abkommen der EU mit Drittstaaten enthalten die Verpflichtung, die Menschenrechte zu achten. Dies ist besonders dann wichtig, wenn es um junge Demokratien geht, wie im Fall von Mexiko. Die Zusammenarbeit zwischen den beiden Parlamenten ist ausgesprochen eng. Es fanden mehrfach Treffen in Mexiko und in Europa statt. Für das Jahr 2007 sind zwei Treffen in Mexiko vorgesehen. Am 26. Februar werde ich mit meinen Kollegen das VW-Werk in Puebla besichtigen. Die wichtigsten Themen waren Menschenrechte, Entwicklungsunterstützung von Regionen, Wirtschaftskooperation, Probleme an der Grenze zwischen Mexiko und USA, Forschungsk Kooperation. Die Problematik der Menschenrechte hat mich in der schwierigsten Zeit der Auseinandersetzungen nach Oaxaca geführt. Unterstützt habe ich Mexiko auch gegen den vom amerikanischen Kongress geplanten Bau eines Grenzzaunes zwischen Mexiko und den USA.

### Mitglied der interparlamentarischen Delegation EU-USA

Im Rahmen dieser Delegation werden die Beziehungen zwischen dem Europäischen Parlament und dem amerikanischen Kongress gepflegt. Treffen finden regelmäßig in Europa und den USA statt. Viele Ideen und Einrichtungen, die inzwischen selbstverständlich geworden sind, gehen auf Initiativen zurück, die ich initiiert oder unterstützt habe, so z.B. die Einrichtung eines EP-Büros in Washington, regelmäßige Kooperation von Ausschussvorsitzenden, fest etablierte Dialoge zwischen Verbraucherverbänden, Gewerkschaften, Forschung, Unternehmen. Die Zusammenarbeit mit den Vereinigten Staaten ist häufig von Konflikten geprägt, die militärische Intervention in den Irak ist nur das extremste Beispiel. Aber auch im Bereich der Gesetzgebung gibt es unterschiedliche Wertvorstellungen (z.B. Kyoto), die eine Zusammenarbeit nicht immer einfach gestalten. – Zu hoffen ist, dass mit dem Sieg der Demokraten bei den Wahlen zum Kongress und zum Repräsentanten-

haus im vergangenen November eine moderne und offene Weltpolitik Oberwasser erhält. Den Vorschlag, dass die bestehenden Handelsbarrieren zwischen der EU und den USA weiter abgebaut werden müssen, habe ich im Rahmen vieler Initiativen entwickelt; dieser Vorschlag wird vom Europäischen Parlament unterstützt und ist Teil des Programms der deutschen Ratspräsidentschaft. Dazu ist in der Wochenzeitschrift „Die Zeit“ am 16. November 2006 der Artikel „Wir brauchen die Vereinigten Staaten“ von mir abgedruckt worden. Zuletzt ist am 5. Januar dieses Jahres ein Interview unter anderem über mein Konzept des „Transatlantischen Marktes“ in der „HAZ“ erschienen. Meine schwierigste Reise fand 2006 nach Guantanamo gemeinsam mit fünf weiteren Kollegen aus dem EP und dem Kongress statt.

## Meine Arbeit im Wahlkreis

Es ist nicht leicht, „meine“ 22 Unterbezirke in der Arbeit gleichermaßen abzudecken. In meiner Region habe ich in den vergangenen Jahren viele Termine wahrgenommen.

Fortgesetzt habe ich die inzwischen gute Tradition, EU-Kommissare nach Niedersachsen einzuladen (Karel van Miert, Franz Fischler, Pascal Lamy, Philippe Busquin in der Vergangenheit). Auf meine Einladung hin, kam der Forschungskommissar Potocnik im August 2006 nach Braunschweig und Hannover.

Politik für Niedersachsen bedeutet auch Norddeutschland insgesamt wahrzunehmen. Daher habe ich angeregt, dass der Ausschuss für Internationalen Handel (INTA) im Rahmen der deutschen Ratspräsidentschaft eine Delegationsreise in die Handels- und Hansestadt Hamburg vom 22. bis zum 23. März unternimmt. Darüber hinaus bringen mich auch die Bereiche Forschung und Handel sowie die Küsten- und Meerespolitik immer wieder in den Norden.

Zusätzlich fanden meine Landkreisbereisungen statt, die 2006 weitestgehend durch den Kommunalwahlkampf geprägt waren. Diese Landkreisbereisungen werde ich auch in 2007 fortführen. Im Rahmen der „Europagespräche“ fan-

den zuletzt folgende Europagespräche statt: „Mehr Wachstum und Beschäftigung in Europa – Die Lissabonstrategie“, „Die Dienstleistungsrichtlinie – Jobmotor für Deutschland und Europa“ und „Reform der Zuckermarktordnung“. Diese Gespräche werden regionalisiert angeboten und finden in enger Kooperation mit meinen Kolleginnen und Kollegen (Bund, Land, Kommune) sowie den Unterbezirken und dem Bezirk statt. Geplant sind für 2007 Themen aus den Bereichen Energie, Strukturpolitik, Menschenrechte und Handels-/Entwicklungs politik, Forschungs- und Bildungspolitik, Chancengleichheit.

Als neue Idee möchte ich ausgewählte Schulen in Niedersachsen noch aktiver und gezielter in die europäische Bildungspolitik integrieren. Im Rahmen der Deutschen Ratspräsidentschaft finden viele Initiativen in Schulen statt. Eine besondere Initiative war der EU-Projekttag, der am 22. Januar 2007 stattfand. Auf der Internetseite vom EIZ ([www.eiz-niedersachsen.de](http://www.eiz-niedersachsen.de)) findet ihr weitere Informationen dazu. Darüber hinaus besuche ich ständig Schulen. Die geplante Sonderaktion, die in der zweiten Jahreshälfte anlaufen wird, soll einige der besonders aktiven Schulen in Niedersachsen unterstützen, die „europäische“ Arbeit machen. In diesem Bereich sind wir noch am Anfang der Entwicklung des Projektes und freuen uns auf Anregungen und Nachfragen.

Zusätzliche Informationen versenden wir per E-Mail in einem monatlichen Newsletter. Bitte schickt uns eine E-Mail, wenn ihr diese Informationen erhalten möchtet, an [europabuero-erika.mann@spd.de](mailto:europabuero-erika.mann@spd.de).

Neu hinzugekommen sind seit 2005 sogenannte Kurz-Infos, die für aktive SPD-Mitglieder gedacht sind, die schnell über relevante Themen informiert werden möchten. Zu folgenden Themen liegen diese Infos bereits vor: Strukturpolitik, die Chemikalienpolitik REACH, Forschungspolitik, Stammzellenforschung, Transatlantischer Markt zwischen der EU und den USA. Es folgen demnächst Kurz-Infos zur Verfassungsdiskussion, Umweltpolitik, Sozialpolitik, Bildungspolitik und Informations-, Medien- und Telekommunikationspolitik. Diese Mit-

teilungen werden ebenfalls primär per E-Mail versandt.

Auch 2007 gibt es wieder eine Postkarte, diesmal mit dem Slogan „27 Nationen – Ein Europa!?!“. Sie wurde in Cafés und Restaurants vom 1. bis zum 8. Februar professionell verteilt (Hannover, Göttingen, Braunschweig, Hildesheim, Wolfsburg und Lüneburg). Zusätzliche Karten können über mein Büro in Hannover bezogen werden. Darüber hinaus gibt es einen aktuellen Flyer, der eine Kurzübersicht über meine Arbeit enthält.

## Meine ehrenamtlichen Aktivitäten

Beisitzerin der Arbeitsgemeinschaft Wirtschaft (AGW) im SPD-Bezirk Hannover [www.ags-agw.de](http://www.ags-agw.de); Kuratoriumsmitglied des Wissenschaftsforums der SPD [www.forscher.de](http://www.forscher.de); Kuratoriumsmitglied des Max-Planck-Instituts für Aeronomie (MPAE) in Katlenburg-Lindau [www.mps.mpg.de](http://www.mps.mpg.de); Senatorin der Max-Planck-Gesellschaft [www.mpg.de](http://www.mpg.de); Patin der Erika-Mann-Grundschule in Berlin [www.erikamann-grundschule.de](http://www.erikamann-grundschule.de); Kuratoriumsmitglied im Kompetenzzentrum Technik-Diversity-Chancengleichheit [www.frauentech-impulse.de](http://www.frauentech-impulse.de); Kuratoriumsmitglied des Internationalen Bildungs- und Begegnungswerkes Dortmund [www.ibb-d.de](http://www.ibb-d.de); Vorstandsmitglied der Deutschen Interparlamentarischen Arbeitsgemeinschaft; Mitglied der Europäischen Parlamentarischen Gesellschaft [www.ape-europe.org](http://www.ape-europe.org); Vorsitzende des „Forum for the Automobile and Society“ [www.autoandsociety.com](http://www.autoandsociety.com); Gründungsmitglied der „German European Security Association“; Gründungsmitglied und Vorsitzende der European Internet Foundation [www.eifonline.org](http://www.eifonline.org); Vorstandsmitglied der Kangarogroup [www.kangarogroup.org](http://www.kangarogroup.org); Europäische Vorsitzende des Transatlantic Policy Networks (TPN) [www.tponline.org](http://www.tponline.org); Mitglied bei Europa Donna [www.europadonna.de](http://www.europadonna.de); Kuratoriumsmitglied bei „pol-di.net e.V.“ [www.pol-di.net](http://www.pol-di.net)

Informationen zu allen angesprochenen Themen und darüber hinaus findet ihr auf meiner Internetseite [www.erikamann.com](http://www.erikamann.com) oder könnt ihr jederzeit über das Europa-büro in Hannover erhalten.

# Arbeitsgemeinschaft für Arbeitnehmerfragen / Betriebsorganisation in der SPD



■ *Wir kämpfen in der SPD für eine sozial gerechte Politik!*  
Das Eintreten für die sozial Schwachen ist schon immer

das Gütesiegel der Sozialdemokratie, damit das auch so bleibt, tritt die AfA stetig für die soziale Gerechtigkeit ein. Der AfA-Bezirk Braunschweig hat einen 9-Punkte Antrag für soziale Gerechtigkeit in die AfA-Bundeskonferenz eingebracht.

Dieser wurde von den Delegierten einstimmig beschlossen und an den AfA-Bundesvorstand, AfA-Bundesausschuss, die SPD-Bundestagsfraktion und den SPD-Parteivorstand weitergeleitet.

Hier die 9-Punkte des „Grundsatz“-Antrages:

1. Die Tarifautonomie und die Mitbestimmung bleiben erhalten und werden weiterentwickelt.
2. Der Kündigungsschutz wird nicht verschlechtert.
3. Hartz IV wird deutlich zugunsten der Leistungsempfänger korrigiert.
4. Die Pendlerpauschale bleibt in voller Höhe erhalten.
5. Keine Besteuerung von Schichtzuschlägen für Nacht-, Sonn- und Feiertagsarbeit.
6. Die Einführung der von der SPD beschriebenen solidarischen Bürgerversicherung.
7. Die Ablehnung des Herkunftsprinzips in der EU-Dienstleistungsrichtlinie.
8. Keine weitere Steuersenkung für Spitzenverdiener und Unternehmer.
9. Einführung eines gesetzlichen Mindestlohnes.

Was wurde in den vergangenen Jahren gemacht?

- In regelmäßigen Abständen von sechs bis acht Wochen fanden Vorstandssitzungen statt.

- Mit der Agenda 2010 wurde sich kritisch auseinandergesetzt.
- Eine AfA-Internetseite auf der Homepage des SPD Bezirkes wurde eingerichtet.
- Diverse Gespräche mit anderen Arbeitsgemeinschaften und Gewerkschaften wurden geführt.
- Gemeinsam mit den Jusos wurde mit Thomas Müller (IGM-Bezirk Hannover) eine Veranstaltung zum Thema: „Ist der Kombilohn die Lösung der Probleme am Arbeitsmarkt?“ abgehalten.
- An der AfA-Bundeskonferenz im April 2006 in Kassel wurde teilgenommen. Hier sind 9 Anträge aus dem Bezirk behandelt wurden.
- Regler Kontakt mit den benachbarten AfA-Bezirksverbände, regelmäßige Teilnahme an den AfA-Nord-Regionalkonferenzen.
- Die Gesundheitsreform war bzw. bleibt ein großes Thema. Hierzu veranstaltete 2006 der AfA-UB Peine eine Podiumsdiskussion mit Andrea Nahles als Hauptrednerin.
- Regelmäßige Berichterstattung aus dem AfA-Bundesvorstand in den AfA-Bezirksvorstand und in die AfA Unterbezirke.
- Der AfA-Bezirksvorstand setzt sich vehement gegen die geplanten Richtlinienänderungen für die Arbeitsgemeinschaften ein. Durch die geplanten Änderungen würde die Arbeit speziell für die AfA erheblich erschwert.
- Informationsweitergabe von arbeitsmarktpolitischen und sozialpolitischen Themen über E-Mail an die AfA-Unterbezirksvorstände und interessierte Gewerkschafter und Betriebs- und Personalräte.
- Wir sind gegen die Rente mit 67! Wir haben die SPD-Bundestagsabgeordneten im Bezirk angeschrieben und sie aufgefordert gegen die Rente mit 67 zu stimmen.

Dazu äußerte sich Bundespräsident

Horst Köhler (Welt, 7. Dezember 2005): „Was ist das für ein Land, in dem wir bald bis 67 arbeiten sollen, in dem aber viele schon mit 50 keine Stelle mehr finden, weil die Unternehmensleitungen eine vergreisende Belegschaft befürchten oder weil sie vorrechnen, ältere Mitarbeiter kosteten sie zu viel? Da muss man sich mehr einfallen lassen.“

Wir schließen mit einem Zitat, das zum Nachdenken anregt.

„Woher soll ich wissen, was ich denke, bevor ich höre, was ich sage?“

Konrad Metzger

AfA-Bezirksvorsitzender

(Rechenschaftsbericht 2005 – 2007)  
[www.afa.spd-bezirk-braunschweig.de](http://www.afa.spd-bezirk-braunschweig.de)

## SPD Betriebsgruppe Eisenbahn und Töchter, Bezirk Niedersachsen / Bremen

■ Die SPD Eisenbahner sind in Niedersachsen mit 1258 Mitgliedern, davon 758 unter 60 Jahren, in 14 Betriebsgruppen und mit 6 Kontaktpersonen vertreten. 41 Prozent der Betriebs- und Personalräte bei der Bahn und deren Gesellschaften sind SPD-Mitglieder.

Die Sitzungen des SPD-Bezirksausschusses Eisenbahn fanden ca. alle sechs Wochen statt. Wir unterstützen die Wahlkämpfe auf Bundes-, Landes- und kommunaler Ebene.

Im Mai 2005 haben wir mit dem Vorsitzenden der SPD-Fraktion im Niedersächsischen Landtag, Sigmar Gabriel, die Betriebswerkstatt der DB Regio in Leinhausen und das Bahnbetriebswerk der OHE in Uelzen besucht. Bei beiden Veranstaltungen fanden Gespräche mit dem Betriebsrat und der Geschäftsleitung statt.

In März und November 2006 fanden Betriebs- und Personalrätekonferenzen „Bahn und Töchter“ mit 80 Teilnehmern



Besuch von Sigmar Gabriel (Mitte) bei der AfA-Betriebsgruppe Eisenbahn. 2. v.l.: Vorsitzender Konrad Nagel.

in Hannover statt, veranstaltet von der Betriebsgruppe. 16 Sitzungen des Bezirksausschusses wurden im Berichtszeitraum durchgeführt.

Folgende Themen wurden behandelt:

#### **Klare Trennung zwischen staatlichen und unternehmerischen Aufgaben.**

- Die Rechte- und Planungssicherheit für die Verkehrsunternehmen.
- Einhaltung der Arbeitsschutznormen.
- Vergabe öffentlicher Aufträge nur an tarifgebundene Unternehmen.
- Finanzierungssicherheit durch die öffentliche Hand.
- Eine gerechte Kostenstruktur für den Straßenlastverkehr durch Anwendung des Verursacherprinzips.
- Gleichstellung von Schiene und Straße bei der Verkehrswegeplanung und Finanzierung der Infrastruktur.
- Eindeutiger Vorrang für Schienenprojekte zur Deckung des Nachholbedarfs der Bahn.

Besonders haben wir begrüßt, dass der Bund durch Gesetz einen ersten wichtigen Schritt zur Herstellung gleicher und fairer Wettbewerbsbedingungen zwischen Schiene und Straße getan hat.

Wir wollen Mobilität für die Menschen sichern – jetzt und in der Zukunft!

Auf der SPD-Bezirkskonferenz Eisenbahn Niedersachsen/Bremen am 25. Juni 2005 in Hannover wurde der Bezirksaus-

schuss neu gewählt:

- Vorsitzender: Konrad Nagel (Peine)
- Stellvertreter: Uwe Bertram (Ilse), Rainer Schnäpp (Otersberg)
- Schriftführer: Jochen Joachim (Hannover)
- Beisitzer: Martin Anders (BG Hildesheim), Reinhold Asendorf (KT Verden /Aller), Andreas Brand (BG Bremen), Ulrich Eichhorst (BG Hameln), Katrin Fröchtenicht (BG Northeim), Heino Hannemann (BG Celle), Iris Janßen (BG Celle, OHE), Hartmut Mesel (BG Braunschweig), Walter Meyer (KT Alfeld), Edmund Plath (BG Soltau), Edith Prieb (BG Minden), Hans Reker (BG Osnabrück), Friedhelm Sporleder (BG Holzminden), Konrad Steingräber (BG Hildesheim), Josef Tiek (BG Lingen/Rheine), Hans Konrad Watzko (KT Springe).

Am 15. August 2005 war Bundesverteidigungsminister Dr. Peter Struck, MdB, zu einem Gespräch auf den Bf Uelzen, hierbei wurden auch die Bahnsteige des Nahverkehrs besichtigt, die in einem schlechten Zustand sind. (Uelzen ist Peter Strucks MdB Wahlkreis.)

*Konrad Nagel*

*Vorsitzender der AfA-Betriebsgruppe Eisenbahn und Töchter*

## **Betriebsgruppe Post/Telekom/Postbank im SPD-Bezirk Braunschweig**

■ Unsere Betriebsgruppe versteht sich als eine unternehmensübergreifende Gruppe von Sozialdemokraten in den drei Unternehmen Post, Postbank und Telekom sowie ihren mehreren hundert Tochter- und Subunternehmen.

Die weitere Austöchterung und Umwandlung von Unternehmensteilen stellt nicht nur die AfA Post vor große Herausforderungen. Auch die Interessenvertretung der Beschäftigten durch ver.di wird auf Grund der sich ständig ändernden neuen Strukturen immer komplizierter.

Auch die Unternehmenspolitik der Umwandlung von vollen Dienstposten bzw. Arbeitsplätzen in Teilzeitarbeit erschwert unsere Arbeit, da viele der nun entstandenen Arbeitsplätzen von Studenten bzw. Hausfrauen auf 400-Euro-Basis besetzt werden.

Es ist uns aber gelungen, einen funktionsfähigen Vorstand und auch einige Veranstaltungen zu organisieren.

Einer unserer Höhepunkte im abgelaufenen Berichtszeitraum war eine gemeinsame Veranstaltung der AfA-Post und der Gewerkschaft ver.di mit dem geschäftsführenden Betriebsratsmitglied Christian Baum aus Bonn. Hier wurden aktuelle Probleme, wie die geplanten Angriffe des Postvorstandes gegen die Tarifautonomie oder die Verlängerung der Wochenarbeitszeit, diskutiert.

Es wurde weiterhin vereinbart, mindestens einmal im Jahr den gemeinsamen Gedankenaustausch fortzuführen, da eine gedeihliche und vertrauensvolle Zusammenarbeit zwischen Gewerkschaften und SPD für beide Seiten sinnvoll ist.

Es hat sich gezeigt, dass Partei und Gewerkschaft auch in schwierigen Zeiten einen gemeinsamen Nenner haben und dass es möglich und sinnvoll ist, eine gemeinsame Strategie zu verfolgen.

Ein zweites wichtiges Standbein unserer Arbeit sind die jährlichen Studienreisen, die unter der Leitung des Ehrevorsitzenden des Zentralen Betriebsgruppenausschusses *Gerhard Grüttemann* stehen. Diese Studiengruppe fuhr im Jahr 2006 an den Bodensee nach Lindau.

25 Genossinnen und Genossen aus dem Bundesgebiet erlebten ein abwechslungsreiches Programm bei wunderschönem Wetter unter dem Motto „Der Bodensee – immer ein Erlebnis“. Programmpunkte waren unter anderem:

- Kleine geführte Tour durch Lindau
- Besuch in Appenzell

- Rundfahrt über den Bodensee mit Besuchen der Inseln Mainau und Reichenau

Soweit der Bericht der AfA-Betriebsgruppe Post/Postbank/Telekom für den abgelaufenen Berichtszeitraum. Zum Schluss möchten wir uns noch bei allen

Kolleginnen und Kollegen im SPD-Bezirksbüro für die tolle Unterstützung der letzten Jahre bedanken

Jörg Hitzmann

Vorsitzender der AfA-Betriebsgruppe Post/Postbank/Telekom

## Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokratischer Frauen 2005 – 2007

### Frauen mischen sich ein



■ Frauenpolitik und Familienpolitik wird auch in der Großen Koalition seit Herbst 2005 groß geschrieben. Im Koalitionsvertrag konnten viele von der

rot-grünen Regierung begonnenen Reformen festgeschrieben werden: dreijährige Elternzeit mit Rückkehrrecht in den Beruf, Tagesbetreuungsgesetz, Ausbau der Betreuungsmöglichkeiten besonders für Kinder unter drei Jahren, Steigerung der Erwerbsquote von Frauen, Unterstützung kommunaler Bündnisse für Familien oder auch die Weiterentwicklung von Kinder- und Jugendhilfe, um nur einige Beispiele zu benennen.

Gerade zu diesen Themen hat sich die ASF des Bezirks Braunschweig immer wieder engagiert, öffentliche Informationsveranstaltungen durchgeführt und auf den verschiedenen Ebenen Anträge gestellt.

Des Weiteren begrüßt die ASF sehr, dass die SPD auf Landesebene deutlich Position bezieht zur qualifizierten, wohnortnahen und gemeinsamen Bildung, Betreuung und Erziehung von allen Kindern von Anfang an. Mit dem Zukunftspapier „Zukunft der Bildung“ wird die Unterstützung der Familien und Kinder konkret vorangebracht, die Förderung und Forderung aller Kinder festgeschrieben und konkrete Finanzierungsvorschläge zur Entlastung der Eltern gemacht.

Jedoch gibt es auch Vereinbarungen im Koalitionsvertrag, die die Frauen sehr



Veranstaltung „Frauen und Rente“ mit der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover, Referentin: Julia Hühn, im November 2006.

hart treffen: Die Erhöhung des Renteneintrittsalters von 65 auf 67 trifft insbesondere die Frauen der Jahrgänge 1947 bis 1963. Solange es nicht genügend Arbeitsplätze für Frauen und Männer über 50 Jahre gibt, ist die Erhöhung nicht hinnehmbar.

*Es gibt für uns Frauen – auch noch in anderen Bereichen – viel zu tun.*

Daher greifen wir im Rahmen der Mitgliederwerbekampagne aktuelle Themen auf:

### Veranstaltungsreihe: „Frauen mischen sich ein!“

- ASF im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern zu „Rente mit 67“ in der Innenstadt, 24.11.2006.

- „Frauen und Rente – Rente geht uns Frauen an“ mit der Deutschen Rentenversicherung Braunschweig-Hannover, Referentin: Julia Hühn, 28. November 2006.

- ASF im Gespräch mit den Bürgerinnen und Bürgern: „Sagen Sie uns Ihre Meinung zu ... Frauen am Arbeitsplatz“ in der Innenstadt, 24. Februar 2007.

- „Gleicher Lohn für gleiche Arbeit??? – Warum Frauen immer noch weniger verdienen als Männer“ mit DGB, Referentin: Eva Stassek, IG-Metall, 1. März 2007.

Weitere Veranstaltungen folgen:

- „Leben auf dem Lande: zwischen Dorfromantik und mangelnder Versorgung“, geplant: Juni 2007.

- „Frühkindliche Bildung – Förderung der Kinder und Vereinbarkeit von Familie und Beruf“

Informationen und Austausch mit den ASF-Unterbezirken und weiteren Organisationen:

- Gespräche und Unterstützung in den örtlichen ASF;
- Gespräche und Zusammenarbeit mit dem SPD-Bezirk Braunschweig;
- Gespräche mit DGB u.ä.m, der Beratungs- und Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“, mit Erzieherinnen, Kindertagesstättenleiter/innen.

**Bundestagswahlkampf 2005**, Unterstützung vor Ort und in zentraler Veranstaltung.

**Kommunalwahlkampf**, Herbst 2006.

## Schwerpunktt Themen in der Vorstandsarbeit

- Gewinnung von Mitgliedern – Mitgliederwerbekampagne
- Investitionen in Bildung und Ausbildung von Frauen
- Vereinbarkeit von Beruf und Familie für Frauen und Männer: Tagesmütter in der Kinderbetreuung
- Patientenverfügung
- Verbraucherschutz und Auswirkungen auf Frauen und Männer
- Erweiterung der Ladenöffnungszeiten: Auswirkungen auf Familien und Frauen
- Grundsatzprogramm: Gleichstellung der Geschlechter

### • Bildung und Erziehung

Anträge :

- o Qualifizierte Betreuung, Erziehung und Bildung für alle Kinder von Anfang an
- o Beitragsfreiheit für den Besuch von Kindertageseinrichtungen
- o Übergang vom Kindergarten in die Grundschule

### • Frauen und Rente

Anträge:

- o Rente mit 67 muss ausgesetzt werden
- o Frauen bewegen Politik in: Landkreisen, Städten und Gemeinden
- o Frauenpolitik ist mehr als Familienpolitik



ASF-Bezirkskonferenz 2006 (v.l.): Versammlungsleiterin Gudrun Ohst, ASF-Bezirksvorsitzende Annegret Ihbe und ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner, MdB.

Öffentliche Veranstaltung „Chancengleichheit am Arbeitsplatz: Konkret in Braunschweig und in der Region?! – Konkrete Beispiele einer familienfreundlichen Gestaltung der Arbeitswelt mit konkreten Maßnahmen“, Susanne Barg, Beratungs- und Koordinierungsstelle „Frau und Beruf“, Braunschweig, 26. Januar 2005.

Teilnahme der ASF – Bezirk Braunschweig an der ASF-Landeskonferenz, Landesvorstandswahlen, Osnabrück, 11./12. Februar 2005.

Öffentliche Veranstaltung „Patientenverfügung“, Referentin Dr. Carola Reimann, MdB, Möglichkeiten und Beispiele, 12. Juni 2005.

Öffentliche Veranstaltung „Frauen- und Familienpolitik im Koalitionsvertrag“, Referentin: Caren Marks, MdB, Stellvertretende Sprecherin der SPD-Bundestagsfraktion für Familien, Senioren, Frauen und Jugend, 13. Januar 2006.

ASF-Bezirkskonferenz: „Politik von Frauen für Frauen – aktuelle Themen der Frauen- und Familienpolitik“, ASF-Bundesvorsitzende Elke Ferner, MdB, 10. Mai 2006.

Teilnahme der ASF – Bezirk Braunschweig an der ASF-Landeskonferenz „Kommunalpolitik ist Frauenpolitik“,

Susanne Lippmann, Oberbürgermeisterin, Hameln, Juli 2006.

Teilnahme der ASF – Bezirk Braunschweig an der ASF-Bundeskonferenz: „Frauen verdienen mehr“, Berlin, 22. – 24. September 2006.

„Bildung und Betreuung schon für 3-Jährige“, Mitwirkung an der Veranstaltung der ASF im Unterbezirk Osterode, Februar 2006.

„Auf den Anfang kommt es an: Individuelle Förderung in Kindergarten und Grundschule“, Mitwirkung an der Veranstaltung der ASF Uetze, Juni 2006.

Seit dem 10. Mai 2006 gehören folgende Frauen dem ASF-Bezirksvorstand an:

- Vorsitzende: Annegret Ihbe, Braunschweig
  - Stellvertretende Vorsitzende: Monika Kreibich, Wolfenbüttel; Barbara Lex, Osterode
  - Beisitzerinnen: Erika Brakel, Osterode; Edelgard Hahn, Helmstedt; Susanne Hahn, Braunschweig; Gabriele Trittel, Helmstedt; Sigrid Herrmann, Braunschweig; Mona Lotz, Braunschweig; Sandra Ostendorf, Helmstedt; Sabine Lehmborg, Gifhorn
- Der ASF-Bezirksvorstand hat im Berichtszeitraum 13-mal getagt.

März 2007

Für den Vorstand: Annegret Ihbe

# Arbeitsgemeinschaft der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten in der SPD (Jusos)



■ Die Jusos haben im vergangenen Jahr wieder einmal bewiesen, wie stark ihre Bedeutung für die flächendeckende Handlungsfähigkeit der Partei gestiegen ist. Wir Jusos waren an vielen Stellen die Leistungsträger im Wahlkampf zum Bundestag und der Kommunalwahl.

Dies hatte auch positive Auswirkungen auf unseren Verband. Im Vor- und Nachgang der Bundestagswahl haben wir fast überall einen enormen Mitgliederzuwachs erfahren. Dieser war so groß, dass erstmals seit über 20 Jahren auch die absolute Mitgliederzahl wieder steigt. Die Mitgliederzahlen im Bezirk sind so stark gestiegen,

dass wir trotz der großen Wachstumszahlen im gesamten Verband in diesem Jahr einen Delegierten mehr zum Bundeskongress schicken werden. Neben dem Bundestagswahlkampf hat sich der Verband innerparteilich an einzelnen Punkten als kampagnenfähig erwiesen. Der Kampf um die kostenfreie Juso-Mitgliedschaft war erfolgreich. Ohne die Jusos wäre z.B. die Unvereinbarkeit mit rechtsradikalen Burschenschaften nicht thematisiert worden.

Der Verband wird immer jünger, viele bleiben nur für ein bis drei Jahre bei den Jusos. Allerdings hat sich die Generation 28 bis 35 Jahre fast vollständig aus

dem Verband entfernt. Dies hat erhebliche Folgen auf die Art und Weise der Politisierung der Jusos. Diese Entwicklung bietet sowohl neue Chancen, aber auch einige Risiken.

## Juso Bezirksvorstand

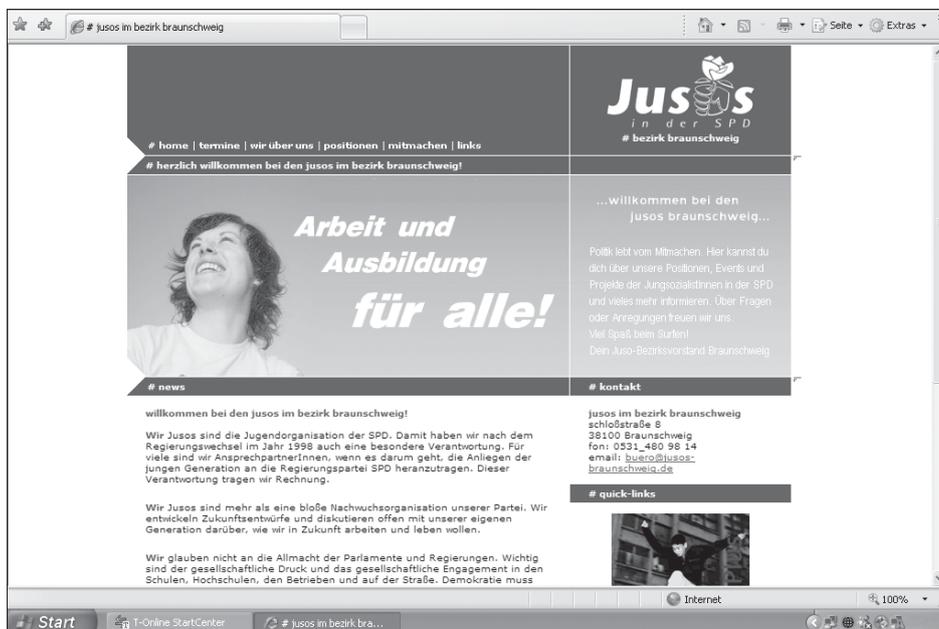
Im Bezirk gab es in den vergangenen zwei Jahren eine konstante Personalentwicklung. Auf der Bezirkskonferenz 2005 in Wolfsburg wurde erneut Jan Schwarz (Gifhorn) zum Vorsitzenden gewählt, als Stellvertreter standen ihm

men diskutiert. Bei unseren Klausuren haben wir uns intensiv mit Themen wie dem sozialen Europa, Niedriglohnsektor, Theorie, Bürgerversicherung, Gleichstellungspolitik, Bildungspolitik und natürlich der Grundsatzprogrammdebatte beschäftigt.

## Unser Bildungsangebot

Bei uns Jusos legen wir großen Wert darauf, Politik nicht nur aus dem Bauch heraus zu machen, deshalb bieten wir unseren Mitgliedern und interessierten

Jugendlichen ein Bildungsprogramm an. Dies besteht zum einen aus dem Basic Seminar. Dort werden Begriffe und Fragen geklärt, die einem im Juso-Alltag immer wieder begegnen. Was ist die Arbeiterbewegung, warum gibt es Jusos und SPD und welche Geschichte und Theorie steckt dahinter? Und vor allem: was wollen wir? Zum anderen führen wir regelmäßig die



Website der Jusos unter <http://www.jusosbraunschweig.de>.

Gaby Kannenberg (Goslar), Salam Richi (Braunschweig), Anja Neumann (Wolfsburg) und Mathieu Schade (Wolfenbüttel) zur Seite. Auf der Bezirkskonferenz 2006 in Meine wurde Jan Schwarz (Gifhorn) wiedergewählt. Seine Stellvertreter wurden Miriam Kielhorn (Peine) Salam Richi (Braunschweig), Kathrin Eisner (Peine) und Sebastian Knabe (Gifhorn). Alle drei Wochen findet unsere Bezirksvorstandssitzung statt, um unsere Aktivität zu planen und die aktuelle politische Lage zu diskutieren. Auf zusätzlichen Abendveranstaltungen haben wir mit prominenten Gästen über aktuelle Politik und innerparteiliche The-

Funkti-Schulung 1 – 3 durch. Diese richtet sich an diejenigen, die aktiv in Juso-Gremien arbeiten. Sie soll dazu befähigen, politische Ämter innerhalb des Verbandes zu übernehmen und eigene Projekte zu initiieren. Sie teilt sich in die drei Blöcke: Orga-Schulung, Rhetorik und das politische Mandat. Des Weiteren fanden zahlreiche Kurzseminare auf Anfrage der Unterbezirke statt.

## Bezirksplenum

Das Bezirksplenum ist ein Aktiventreffen aller Jusos des Bezirks Braunschweig, um die politische Diskussion zu führen.

Es wird gemeinsam vom Bezirk mit einem Unterbezirk durchgeführt. Dort sollen die eventuell nichtbehandelten Anträge der Bezirkskonferenz diskutiert werden und die UBs ihre Arbeit vorstellen. Des Weiteren soll es dazu dienen, wichtige politische Diskussionen zu führen.

### Sozialismus braucht Tradition

Dies ist das Motto unserer Rundreise durch die Unterbezirke. Da auch im Bezirk Braunschweig viele Jusos SchülerInnen, Studentinnen und Studenten sind, besichtigen wir Unternehmen, damit alle von uns mal einen Einblick in die Arbeitswelt bekommen. Dabei haben wir den Schwerpunkt auf die Rechte der Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer gelegt. Wir spannen einen Bogen vom traditionellen Bergwerk über moderne Großindustrie und Montanunternehmen bis hin zur Brauereibesichtigung.

### Antifa-Kampagne

Zu Beginn dieses Jahres haben wir eine Kurzkampagne gegen Rechtsextremismus initiiert, die der Bezirk gemeinsam mit den Unterbezirken durchführt hat. In dieser Zeit hat es auf allen Ebenen Aktionen, Veranstaltungen und Seminare zu diesem Thema gegeben.

### Juso-Bundesverband

Auf dem Bundeskongress 2005 wurde Lars-Patrick Wenzel (Wolfsburg) zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden gewählt.

Der Juso-Bezirk Braunschweig gehört weiterhin zu den Aktivposten im Bundesverband. Wir nehmen regelmäßig an den Bundes-Umbauwochenenden teil, auf denen in den Bereichen Soziale Frage, Berufsorientierung und Frieden & Globalisierung die Programmatik der Jusos weiterentwickelt wird. Delegationen der

Braunschweiger Jusos nahmen an der Sommerschule und dem Mentoringprogramm teil. Außerdem sind wir mit einer Delegation beim IUSY-Festival 2006 in Alicante dabei gewesen.

### Juso-Landesverband

Im Juso-Landesverband haben wir unsere Beteiligung verstetigt und stellen nach wie vor zwei Mitglieder des Landesvorstandes. Bis 2006 waren dies Kai Florysiak (Braunschweig) und Susanne Finsel (Gifhorn). Seit November vertreten uns dort Stefan Hillger (Braunschweig) und Gaby Kannenberg (Goslar).

Jan Schwarz

Vorsitzender der Jungsozialistinnen und Jungsozialisten im Bezirk Braunschweig

## AGS – Arbeitsgemeinschaft Selbständige in der SPD

Bericht 2005 / 2007



■ **Mehr als 5 Prozent der SPD-Mitglieder sind Unternehmerinnen und Unternehmer.** 35 000 Unternehmer/Innen arbeiten in der SPD mit und setzen sich für soziale Gerechtigkeit und Chancengleichheit in dieser Gesellschaft ein. In keiner Partei – auch nicht in der CDU, schon gar nicht in der FDP – gibt es mehr aktive Unternehmer/Innen als in der SPD. Darauf ist die SPD zu Recht stolz. Die AGS, als Vereinigung des Mittelstands in der SPD, ist ein wichtiger Faktor für die Wirtschaftspolitik dieser Partei. Wir mischen uns in die Diskussion ein, aber wir leisten auch einen wichtigen Beitrag in unseren Unternehmen und in der politischen Auseinandersetzung, die

wirtschaftspolitische Kompetenz der SPD zu stärken und nach außen zu verdeutlichen.

AGS, eine der klassischen Arbeitsgemeinschaften der SPD, zeitgleich gegründet mit den Jusos, steht für eine innovative Wirtschaftspolitik. Wir möchten, dass Deutschland mit Technologien, Wissen und Qualität weiterhin als Spitzenreiter auf den Märkten der Welt bestehen kann.

Im Bewusstsein der Bevölkerung, und die konservative CDU versucht das noch zu verstärken, gelten Unternehmer/Innen vielfach als Konservative, als Bewahrer und als Bremser bei Reformen. Das Gegenteil ist richtig!

Wer die Beschlüsse der AGS liest, stellt sofort fest: *Die AGS ist die Avantgarde.* Unsere Beschlüsse werden häufig erst viele Jahre später in das SPD-Programm übernommen. Man vergleiche nur unsere Beschlüsse

- zur Steuerreform,
- zur Arbeitsmarktreform,

- zur Bildungsreform,
- zur Rentenreform,
- zur Einbeziehung aller Einkommensarten, um die Sozialversicherungssysteme zu stabilisieren,
- zur Globalisierung etc.

Die SPD diskutiert zur Zeit ihr neues Grundsatzprogramm. Wir in der AGS sind aktiv dabei. Am 28. April 2006, also vor fast einem Jahr, hat die AGS mit ihren „Godesberger Thesen“ acht Grundsätze für eine sozialdemokratische Wirtschaftspolitik beschlossen. Wir setzen uns ein:

1. Für eine gerechte Verteilung des vorhandenen Arbeitsvolumens und verlangen das Solidarprinzip der Beschäftigung, d.h. die Bereitschaft der Erwerbstätigen zu Gunsten der Erwerbslosen Belastungen auf sich zu nehmen.
2. Für eine Einbeziehung aller Einkommensarten in die Finanzierung der Sozialversicherungssysteme, wobei wir uns eine Entkopplung vom Brut-

tolohnprinzip durch eine stärkere Steuerfinanzierung vorstellen.

3. Für eine stärkere Beteiligung der Arbeitnehmer an den Produktivvermögen.
4. Für eine internationale Vereinbarung sozialer und ökologischer Standards als Gegenbewegung gegen das wachsende „Diktat“ eines globalen Kapitalmarkts, wobei wir prüfen, ob und inwieweit eine Besteuerung internationaler Finanztransaktionen möglich ist.
5. Für ein nachhaltiges und regionales Wirtschaften, d.h. gegen die Subventionierung internationaler Warenströme und Transportprozesse.
6. Für eine Verbreiterung der Steuerbasis und für den Abbau von Subventionen, um die Zukunftsaufgaben in den Bereichen Bildung, Forschung und Entwicklung sowie Umweltschutz finanzieren zu können.
7. Für ein besseren Zugang kleiner und mittlerer Unternehmen zu den Finanzmärkten.
8. Für ein Bildungssystem, das nicht auf Selektion sondern auf Förderung setzt und Bildung und Ausbildung als lebenslangen Prozess vermittelt, um Deutschlands internationale Konkurrenzfähigkeit in einer globalen Wissen- und Dienstleistungsgesellschaft langfristig zu sichern.

Viele dieser Forderungen belasten gerade auch uns Unternehmerinnen und Unternehmer. Wir sind bereit, diese Lasten zu schultern, um die gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit Deutschlands im internationalen Wettbewerb zu verbessern.

Aus den genannten Grundsätzen *lehnen wir auch den gegenwärtigen Entwurf*

*der Unternehmenssteuerreform ab*, obwohl sie doch gerade uns Unternehmer/Innen um 5 bis 8 Mrd. Euro jährlich entlasten soll.

Von unseren vielen Gründen gegen diese Unternehmenssteuerreform seien nur drei erwähnt:

1. Wir sind gegen die Entlastung von Unternehmen, wenn zeitgleich die Bürger durch Mehrwertsteuererhöhung, gesenkte Pendlerpauschale, gesenkte Altersgrenze für das Kindergeld, höhere Krankenversicherungsbeiträge etc. zusätzlich belastet werden.
2. Nicht *die* Unternehmer profitieren von der Unternehmenssteuerreform, sondern nur Großunternehmen, internationale Konzerne und Global Players. Um den Steuerausfall zu begrenzen, soll die Bemessungsgrundlage erweitert werden. Damit wird klar, wer die Unternehmenssteuerreform bezahlt: der Mittelstand.
3. War die Körperschaftsteuer bisher eine Steuer auf Gewinne, so wird sie nunmehr auch eine Steuer auf das Eigenkapital, d.h. auf die Substanz der Unternehmen, was gerade die Unternehmen belastet, die zur Verbesserung ihrer Wettbewerbssituation auf eine hohe Fremdkapitalaufnahme angewiesen sind.

Natürlich beschäftigen wir uns nicht nur mit den wirtschaftspolitischen Grundsatzenfragen. Die AGS ist eine aktive, lebendige Arbeitsgemeinschaft. Um aktuelle Entwicklungen vor Ort zu erkennen und zukünftige Chancen und Risiken abwägen zu können, *besichtigen wir interessante Betriebe und besuchen öffentliche Einrichtungen*, z.B. kürzlich die Region Braunschweig AG, mit ihren Be-

mühungen um ein regionales Unternehmensnetzwerk. Die Erfahrungen unserer Unternehmerinnen- und Unternehmer-Kollegen fließen dann wieder in unsere politische Arbeit ein.

Einmal im Jahr treffen wir uns zur *Klausurtagung am Tankumsee*, wo wir zusammen mit eingeladenen Fachleuten aktuelle Themen diskutieren. Im Berichtszeitraum haben wir folgende Themen behandelt:

- Die Gemeindefinanzreform und eine Gemeindefinanzreform.
- Hartz IV – Auswirkungen auf Arbeitsagentur und Sozialdezernate.
- Wirtschaft und Arbeit / Chancen in Niedersachsen.
- PPP – Große Chancen oder doch nur Risiken?

Als Ergebnis lässt sich festhalten: Die AGS ist weit mehr als eine Mittelstandsvereinigung, die ausschließlich Interessen von mittelständischer Wirtschaft und den Selbständigen vertritt. Die AGS übernimmt die Mittlerfunktion zwischen Mittelstand, Verbänden und der SPD. Unsere Unternehmenerfahrungen bringen wir gerne in die politische Diskussion ein. Ein ebenso wichtigen Beitrag leisten wir als Meinungsmultiplikatoren für die SPD-Wirtschaftspolitik in unseren Unternehmen und in der Öffentlichkeit.

Wir freuen uns, wenn Ihr uns auch auf unserer eigenen Internetseite besucht ([www.ags.spdnds.de](http://www.ags.spdnds.de)).

*Michael Hamann*

*Bezirksvorsitzender der AGS und gleichzeitig Landesvorsitzender AGS Niedersachsen sowie stellvertretender Bundesvorsitzender der AGS*

# Bericht der Arbeitsgemeinschaft 60 plus im Bezirk Braunschweig



1. Nicht nur der demografische Wandel und seine Folgen für die sozialen Sicherungssysteme in

Deutschland, auch die Auswirkungen umwälzender Veränderungen in der Welt auf die nationale Politik – wie die Neuordnung der militärischen und wirtschaftlichen Machtbalance auf dem Globus und die Rolle Europas dabei, – wie die globale Ausdehnung wirtschaftlicher Aktivitäten und Märkte, – wie der Kampf um die Energiereserven und die Erhaltung des Erdklimas, – wie die terroristische und antiterroristische Bedrohung, haben den Bezirksvorstand (BV) im zurückliegenden Zeitraum beschäftigt.

2. Ein Schwerpunkt war der europäische Einigungsprozess. Bernd Lange („Wie kann Europa seine Rolle in der Weltpolitik stärken?“), Erika Mann („Wie geht es nach dem Scheitern der Verfassungsabstimmungen in F und NL weiter?“) und Gregor Kaluza als Vorsitzender des Deutsch-Polnischen Kulturvereins („Probleme im polnisch-deutschen und polnisch-europäischen Verhältnis“) waren Gäste des BV.

Sechs Mitglieder des Bezirksvorstands besuchen im April 2007 auf Einladung von Erika Mann die Europastadt Brüssel. Ein weiterer Schwerpunkt war die Soziale Gerechtigkeit. Reinhard Höppner sprach über die Probleme der zunehmenden Spaltung der Gesellschaft in Arm und Reich.

In unseren Vorstandssitzungen und jährlichen Klausurtagungen informierten wir uns über die Gesundheitsreform (Dr. Carola Reimann), die Pflegeversicherung (Kirsten Kemper), die Steuerreform (Heiner Aller) und aktuell über das geplante Generationengerechtigkeitsgesetz (Dr. Carola Reimann).

Das Thema Föderalismusreform bleibt

auf der Tagesordnung, da der BV die föderalistische Struktur nicht mehr für zeitgemäß hält, nicht zuletzt im Hinblick auf den europäischen Einigungsprozess.

3.

Als Ergebnis der Beschäftigung mit diesen Themen wurden eine Reihe von Anträgen, Resolutionen und Presseerklärungen erarbeitet:

*Zur Außenpolitik:*

Missbilligung der Zusage, das Waffenembargo gegen China aufzuheben.

Aufforderung an die MdBs des Bezirks, gegen den Nah-Ost-Einsatz der Bundeswehr zu stimmen.

*Zur Europapolitik:*

Aufforderung an die Bundesregierung, mehr für eine positive Grundeinstellung der Bevölkerung zur europäischen Einigung zu tun.

*Zur Innenpolitik:*

Aufforderung an Innenminister Schily, den permanenten Abbau der bürgerlichen Freiheiten zu stoppen.

Aufforderung an die Bund-Länder-Kommission, den Föderalismus selbst ohne Tabus in Frage zu stellen.

*Zur Sozialpolitik:*

Stellungnahme zur Erhaltung und Weiterentwicklung der Pflegeversicherung.

Stellungnahme zur Gesundheitsreform.

Stellungnahme zur Bürgerversicherung.

Aufforderung an die Bundesregierung, die ehrenamtliche Tätigkeit zu stärken und eine Infrastruktur für die Weiterbildung und -beschäftigung von Senioren aufzubauen.

*Zur innerparteilichen Debatte:*

Stellungnahme zur Nominierung von Andrea Nahles für die Position der Generalsekretärin.

4.

Für den BV haben sich viele zusätzliche Informationsquellen und Mitwirkungsmöglichkeiten dadurch erschlossen, dass der Bezirksvorsitzende Mitglied des Bundesausschusses ist, zur Zeit auch die Funktion des Landesvorsitzenden der AG 60 plus in Niedersachsen wahrnimmt, beim Landesvorstand kooptiert

ist und sowohl in der Projektgruppe Wirtschaft als auch in der Programmkommission des Landesvorstands mitarbeitet. Dies hat den gegenseitigen Informationsaustausch zwischen den Unterbezirken und den übergeordneten Strukturen erheblich erweitert.

5.

Auf Landesebene arbeitet der Braunschweiger Bezirk eng mit den Seniorenorganisationen der Gewerkschaften zusammen. Nach einem viertägigen gemeinsamen Seminar in Undeloh findet im März in Hustedt eine weitere, von ver.di und der AG 60 plus gemeinsam organisierte einwöchige Tagung statt, die Vorschläge für eine seniorengerechte Gesellschaft erarbeiten wird.

6.

Die seit Jahren sehr guten Kontakte zum Landesverband Sachsen-Anhalt der AG 60 plus wurden weiterhin gepflegt. Bei einem gemeinsamen Besuch des Wasserstraßenkreuzes bei Magdeburg mit fachkundiger Führung wurden viele persönliche Kontakte geknüpft. Im Sommer findet eine gemeinsame Klausurtagung in Sachsen-Anhalt statt, bei der erneut die Pflegeversicherung sowie der Altenbericht der Bundesregierung diskutiert werden.

7.

In die Unterbezirke ist Bewegung gekommen, neue Gesichter und damit neue Impulse gibt es u.a. in Salzgitter, Wolfenbüttel, Goslar, Peine und zuletzt auch in Osterode.

8.

Die rückläufige Mitgliederzahl und die Verschiebung der Altersstruktur der Mitgliedschaft macht auch der AG 60 plus trotz des natürlichen Nachschubs Sorgen. Neben der bundesweiten Werbekampagne des Bundesvorstands um neue Mitglieder für die AG 60 plus beteiligt sich der BV an der aktuellen Kampagne des Bezirks mit dem Motto „Enkel werben“ in der Hoffnung, dadurch Multiplikatoren für weitere Mitgliederwerbun-

gen zu bekommen.

9.

Die Auswirkungen der rückläufigen Mitgliederzahl auf die Parteifinanzen haben auch Konsequenzen für die Arbeitsgemeinschaften. Die Bezirksvorsitzenden der AG 60 plus, der AfA, der AsF und der Jusos haben sich zusammengesetzt und die Folgen diskutiert, die mit den Einschränkungsvorschlägen des Parteivorstands verbunden sind. Eine einheitliche Stellungnahme wurde nicht

erzielt, da die AGs unterschiedlich hart betroffen sind. Die AG 60 plus agiert bereits überwiegend auf der Basis der geplanten Kürzungen, hat jedoch Bedenken, die Zahl der Delegierten für die Bundeskongresse um ein Drittel zu reduzieren, da dann nicht einmal jeder zweite UB mit Sitz und Stimme vertreten sein würde.

10.

Statistisches:

Im Berichtszeitraum fanden neben der

Bezirksdelegiertenkonferenz 16 Vorstandssitzungen, 2 Klausurtagungen, 3 Tagungen mit dem Landesvorstand 60 plus Sachsen-Anhalt, 7 Treffen mit der Seniorenorganisation von ver.di, 7 Vorstandssitzungen der 4 niedersächsischen Bezirke statt.

*Volker Mewes*

*Bezirksvorsitzender der Arbeitsgemeinschaft 60 plus*

Braunschweig, 9. Februar 2007

## Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen im Bezirk Braunschweig

Bilanz der Arbeit der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Juristinnen und Juristen (ASJ) im Bezirk Braunschweig 2005 – 2007



■ Die Mitglieder der ASJ im Bezirk Braunschweig waren in den vergangenen zwei Jahren in diversen Aktionen und in anderer Weise an der Durchsetzung sozialdemokratischer Rechtspolitik auf Bundes- und Landesebene beteiligt.

Trotz hoher Belastungen der Mitglieder des Vorstandes der ASJ im Bezirk Braunschweig in beruflicher Hinsicht aber auch durch die Mitwirkung in anderen Gremien innerhalb der Partei ist es im Berichtszeitraum doch gelungen, die eine und andere rechtspolitische Veranstaltung durchzuführen. Dabei wäre eine größere Teilnahme von Mitgliedern wünschenswert gewesen, denn die jeweils hochaktuellen Themen hätten es verdient gehabt. Die Beteiligung von Mitgliedern außerhalb der Verwaltung, insbesondere aus Justiz und Anwaltschaft lässt nach wie vor zu wünschen übrig.

Auch Dank des bewährten und hilfreichen Einsatzes von Volker Taube vom Bezirksbüro konnten zwei bemerkenswerte Veranstaltungen stattfinden.

Im Rahmen der Bezirkskonferenz am 2.

Februar 2006 hielt als Gast unser ehemaliges Vorstandsmitglied Christoph Unger in seiner Eigenschaft als Präsident des Bundesamtes für Bevölkerungsschutz und Katastrophenhilfe in Bonn ein Referat über die für Deutschland aktuellen Herausforderungen für den Katastrophenschutz und gab Einblicke in die Arbeit des Bundesamtes.

Zu einem weiteren rechtspolitisch brisanten Thema konnte der Präsident des Niedersächsischen Obergerichtes, Dr. Herwig van Nieuwland, als Referent gewonnen werden, der in Braunschweig nicht nur als Richter gewirkt hat, sondern auch sozialdemokratische Interessen im Rat der Stadt Braunschweig vorübergehend wahrgenommen hatte. Herwig referierte sachkundig und kritisch über die weitreichenden, überwiegend negativen Folgen der im Zuge der in Niedersachsen durchgesetzten Verwaltungsreform weitgehend abgeschafften Widerspruchsverfahren im Verwaltungsrecht. Sein Vortrag wurde in einer aktualisierten Fassung in den Niedersächsischen Verwaltungsblättern mittlerweile veröffentlicht.

Zu den künftigen Tätigkeitsschwerpunkten wird neben anderen Bereichen nach wie vor die Entwicklung des Europäi-

schen Rechtssystems zählen. Die kommenden Landtagswahlen werden auch landespolitische Themen auf die Tagesordnung bringen. Inwieweit andere Rechtsbereiche durch Beiträge oder öffentliche Veranstaltungen belebt werden können, hängt vom Engagement der Mitglieder der ASJ ab. Gerade aus den Bereichen Zivil- und Strafrecht sowie Arbeits- und Sozialrecht sind Beiträge erwünscht. Die Vorstandsmitglieder stehen insoweit für Anregungen als Ansprechpartner zur Verfügung.

Der monatliche Termin der öffentlichen Vorstandssitzungen findet am ersten Dienstag im Monat statt (jeweils 19.30 Uhr im „Mephisto“ in der Fallersleber Straße in Braunschweig); ausgenommen sind weiterhin Termine in den Ferien und an Feiertagen. Diese Vorstandssitzungen sind parteiöffentlich, sodass auch andere Mitglieder ermuntert werden, uns zu besuchen. Damit hoffen wir, neue Ideen und wichtige Impulse für unsere künftige politische Arbeit zu bekommen.

*Vorsitzender: Bernd Kaufmann, Danziger Straße 2a, 38108 Braunschweig, Telefon: 05309-2825, Fax: 05309-911782, Mobil: 0177-5263185, E-Mail: kaufmann-bs@t-online.de*

## Arbeitsgemeinschaft für Bildung in der SPD



■ Die Arbeitsgemeinschaft für Bildung (AfB) in der SPD setzt sich für ein gerechtes und leistungsfähiges Bildungs-

system in Deutschland ein. Im Berichtszeitraum haben wir uns im wesentlichen an der inhaltlichen Vorbereitung des Landesparteitages „Zukunft der Bildung“ beteiligt. Dieser Landesparteitag hat mit überzeugender Mehrheit die zukünftigen Positionen der SPD Niedersachsen zu allen wesentlichen Fragen der Bildung beschlossen. Die wesentlichen Inhalte seien noch einmal kurz beschrieben.

### Familienzentren

Wir brauchen eine bessere Beratung für Eltern, die schon in der Schwangerschaft beginnt.

### Rechtsanspruch auf einen Krippenplatz

In Niedersachsen haben 97 Prozent der Kinder keinen Krippenplatz. Die SPD will einen Rechtsanspruch auf frühkindliche Betreuung einführen.

### Kostenloses Kindergartenjahr

Um mehr Bildungschancen zu haben, sollten alle Kinder den Kindergarten besuchen.

Die SPD möchte die Gebühren für ein Kindergartenjahr abschaffen.

Unser Ziel ist es, dass alle 3 Jahre im Kindergarten gebührenfrei werden.

Um die Hürden beim Übergang vom Kindergarten zur Grundschule zu erleichtern, sollen diese beiden Einrichtungen verbindlich enger zusammen arbeiten.

### Gemeinsame Schule

Eine gemeinsame Schulzeit für alle Schüler bis zur 10. Klasse bietet die besten Lern- und Fördermöglichkeiten für leistungsstarke und -schwache Kinder. Deshalb will die SPD eine „Gemeinsame Schule“ einrichten.

Insbesondere mit den Beschlüssen zur „Gemeinsamen Schule“ ist die SPD Niedersachsen zusammen mit Schleswig-Holstein auf Bundesebene am weitesten fortgeschritten. Seit Jahren kämpft die AfB auf Bundesebene ihren schon fast verzweifelten Kampf um die „Gemeinsame Schule“ für alle Kinder im Sek.-I-Bereich. Ganz allmählich setzt sich diese Position in unserer Partei nun offenbar auch auf Grund der überall

deutlich gewordenen Schwächen des dreigliedrigen Schulsystems in allen Bundesländern durch.

Im Rahmen des Landtagswahlkampfes 2007/08 wird die AfB diese Positionen offensiv durch Veranstaltungen in die Öffentlichkeit bringen.

Der Unterbezirk Braunschweig hat im vergangenen Jahr mit der Veranstaltung „Menschenrecht auf Bildung – weniger Bildungschancen für arme Kinder“ nicht nur eine erfolgreiche Veranstaltung durchgeführt, sondern auch für die Bundes-AfB einen Arbeitsschwerpunkt für die Jahre 2007/08 gesetzt.

Auf Bundesebene beschäftigt sich die AfB z.Zt. intensiv mit der Rolle der Werteerziehung an den heutigen Bildungseinrichtungen. Dazu fand im Dezember 2006 in Berlin eine AfB-Konferenz statt.

Ein Arbeitsschwerpunkt der AfB wird in diesem Jahr die Reform der beruflichen Bildung in Europa sein.

Der Bezirksvorstand der AfB sieht seine Aufgabe darin, diese Themenbereiche inhaltlich zu begleiten und gegebenenfalls entsprechende Arbeitstagungen vor Ort durchzuführen.

Unterbezirken sind wir bei der Auswahl von Referenten behilflich.

*Ulrich Leidecker*

*Bezirksvorsitzender der AfB*

## Arbeitsgemeinschaft Sozialdemokraten im Gesundheitswesen

### Bericht der ASG im SPD-Bezirk Braunschweig



■ Im Berichtszeitraum fanden keine besonderen Aktivitäten der ASG auf Bezirksebene statt.

Nach dem beruflich bedingten Rücktritt

der bisherigen Vorsitzenden gelang es bisher nicht, die Arbeitsgemeinschaft wieder ins Leben zu rufen.

Ein neuer Anlauf soll im Sommer 2007 versucht werden.

Bestehend aus Teilnehmern der ASG-Bundeskonzferenz vom 18. November 2006 in Berlin aus dem Bezirk Braunschweig wird ein Vorbereitungsgremium gebildet, das zu einer Bezirkskonferenz

der ASG einladen wird.

*Für den Vorstand:*

*i.A. Volker Taube*

*Geschäftsführer*

*Kontakt: Telefon (05 31) 4 80 98-12,*

*Telefax (05 31) 4 80 98-50,*

*E-Mail volker.taube@spd.de*

# Forum Internationale Sozialdemokratinnen und Sozialdemokraten

■ Im Juli 2006 wurde in Wolfsburg im Beisein von Sigmar Gabriel und Hans-Jürgen Uhl das neue „Forum Internationale Sozialdemokraten“ gegründet. Ziel des Forums ist es, SozialdemokratInnen unterschiedlicher Nationalität innerhalb der SPD zusammenzuführen. Für Menschen mit Migrationshintergrund wollen wir Brücken für die soziale und politische Integration in Deutschland bauen. Für alle in Deutschland lebende MitbürgerInnen mit Migrationshintergrund fordern wir das aktive und passive Wahlrecht.

Wir möchten eine Plattform anbieten, um die Probleme der ausländischen MitbürgerInnen in unserer Gesellschaft zu diskutieren und Lösungen zu erarbeiten. Höhere Arbeitslosigkeit, schlechtere schulische und berufliche Ausbildung sowie Ausgrenzung hemmen die Integration vieler Menschen.

Wir möchten einen Beitrag zur Fortentwicklung der Sozialistischen Partei Europas leisten, die mittel- und langfristig vom Verbund sozialdemokratischer Parteien zur Dachorganisation aller SozialdemokratInnen in Europa umgebaut werden muss. Mit gebündelten Kräften und einem gemeinsamen politischen Programm können wir uns besser für ein sozial gerechtes Europa einsetzen. Fünfzig Jahre nach der Unterzeichnung der Europäischen Verträge ist es an der Zeit Bilanz zu ziehen: Was haben wir bislang erreicht und wo wollen wir hin? Welche Chancen und Risiken birgt der Europäische Verfassungsvertrag? Zukunftsfragen wie diese sind für uns

Grund genug eine internationale Veranstaltung durchzuführen. Dazu möchten wir Europaabgeordnete einladen – und natürlich alle Interessierten. Zu dieser Veranstaltung werden wir noch rechtzeitig einladen.

Koordinator: *Silvestro Gurrieri*

The screenshot shows the website for the SPD-Bezirk Braunschweig. The main heading is 'SPD-BEZIRK BRAUNSCHWEIG HERZLICH WILLKOMMEN.' Below this, there are several sections: 'Aktuell' with a 'Landtagswahl 2008' link, 'Partei' with a list of activities, 'Politik' with a link to 'Abgeordnete', and 'Service' with a search bar. The central section is titled 'Infos zum Forum Internationale Sozialdemokraten' and contains a logo, a paragraph about the forum's founding, and a list of theses. The right sidebar contains 'Termine' with dates for April, May, and June 2007, and 'Nachrichten' with a link to a regional conference.

Informationen im Internet unter

<http://www.spd-bezirk-braunschweig.de/content/34806.php>

## Selbst Aktiv – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD

Rechenschaftsbericht für den Zeitraum 2005 bis 2007



■ Für uns Netzwerker von „Selbst Aktiv – Netzwerk behinderter Menschen in der SPD“ liegt ein

aufregende Zeit hinter uns. In dieser Zeit haben wir etwas vollbracht, was uns nur wenige zugetraut haben. Und wir haben uns weiterentwickelt, sowohl institutionell als auch persönlich. Ob dieses ausreicht, um eine Debatte über Möglichkeiten einer erfolgreichen gesellschaftspolitischen Teilhabe zu entfachen, bleibt abzuwarten. Im letzten Rechenschaftsbericht habe ich davon gesprochen, dass unser Marsch durch die Instanzen begonnen hat. Nach dem jetzigen Stand der Dinge muss ich feststellen, dass es sich um eine sehr lange Strecke handelt, die noch vor uns liegt.

### Ausbildungsplatzinitiative „x plus 1“

Mit dieser Ausbildungsplatzinitiative verfolgen wir das Ziel, Betriebe und Verwaltungen dafür zu gewinnen jeweils einen Ausbildungsplatz zusätzlich anzubieten, der für einen jungen Menschen mit Behinderung reserviert wird. Hintergrund ist der Umstand, dass der Faktor Arbeit einen sehr hohen Stellenwert besitzt, hinsichtlich der gesellschaftlichen Akzeptanz von Menschen mit Behinderung.

Derzeit versuchen wir gerade für unsere Ausbildungsplatzinitiative ein Allpartei-verbündnis aller im Rat der Stadt Braunschweig vertretenen Parteien zu schmieden.

Wir erhoffen uns dadurch eine breitere gesellschaftliche Verankerung der Ausbildungsplatzinitiative „x plus 1“ in Braunschweig.

The advertisement features a background of a cloudy sky. At the top, the title 'AUFBRUCH AUSSTELLUNG' is written in large, bold, sans-serif letters. Below the title, there is a quote: 'Gemacht, Geschrieben, Gemacht, Kunst und Geschichten. Von Menschen mit Behinderung.' The name 'Schirmherr: Dr. h.c. Gard Biegel, M.A.' is printed below the quote. At the bottom, the dates '05. März - 17. April 2006' are displayed, along with the logo of the 'BRAUNSCHWEIGISCHES LANDESMUSEUM' and the address 'Braunschweigisches Landesmuseum Burgplatz 1' and website 'www.aufbruch-bs.de'.

## Aufbruch – Menschen mit Behinderung zeigen ihr kreatives Potenzial

In der Zeit vom 5. März bis zum 30. April 2006 hat „Selbst Aktiv“ Braunschweig eine Ausstellung sehenswerter Exponate im Braunschweigischen Landesmuseum gezeigt. Diese Ausstellung hat auch in zum Teil überregionalen Medien Beachtung gefunden. Wir haben versucht mittels eines breit gefächerten Rahmenprogramms, vom Rockkonzert über dem Fachvortrag bis hin zur politischen Diskussion, ein möglichst breites Publikum anzusprechen. Dieses ist uns größtenteils auch gelungen. Über den Zuspruch der Öffentlichkeit für diese Ausstellung können wir mehr als zufrieden sein. Der Museumsdirektor Dr. Gerd Biegel zieht im „Journal für Behinderte Menschen“ folgende Bilanz: „Die Resonanz war erstaunlich gut.“

Unter den zahlreichen Besuchern dieser Ausstellung seien auch häufig Eltern mit ihren Sprösslingen gewesen, so Biegel weiter in dem bundesweit erscheinendem Fachjournal.

Also hat sich unser Einsatz der letzten zwei Jahre doch gelohnt, könnte man jetzt meinen.

Aber das war überhaupt nicht das Ziel der Aktion. Wir wollten vielmehr zeigen, dass es uns ernst ist mit der Forderung der gesellschaftlichen Teilhabe am Leben. Dass Menschen mit Behinderung vieles erreichen können, wenn uns die Möglichkeit eingeräumt wird.

Wir sind zum Teil über uns hinausgegangen. Und es hat funktioniert, das Netzwerk verschiedener Interessen. Nicht nur der scheinbare Erfolg, sondern auch das Erleben des Prozesses der Geburt einer verrückten Idee bis zur Realisierung eines gemeinsamen Traumes hat viel Spaß



Andreas Thies,  
Koordinator  
des Netzwerks  
Selbst Aktiv.

und Freude gemacht.

Herzlichen Dank an alle, die an uns geglaubt und uns unterstützt haben. Namentlich bedanken wir uns bei Dr. Gerd Biegel und vor allem bei Gerhard Glogowski, die uns die entscheidenden Türen geöffnet haben.

Andreas Thies

Koordinator des Netzwerks Selbst Aktiv

## SPD-Fraktion im Zweckverband Großraum Braunschweig (ZGB)

■ Die Kommunalwahl am 10. September 2006 hat folgende Ergebnisse für die Zusammensetzung des ZGB in der Verbandsversammlung (in Klammern Abweichung gegenüber dem Kommunalwahlergebnis 2001) gebracht:

CDU	27 Mitglieder	(+ 1)
SPD	25 Mitglieder	(- 2)
B 90/Grüne	4 Mitglieder	(+ 1)
FDP	3 Mitglieder	

Durch die Verschiebung des Kräfteverhältnisses stellt die CDU jetzt den Vorsitzenden der Verbandsversammlung, während unser Genosse Detlef Tanke 1. stellvertretender Vorsitzender ist.

Die Verbandsarbeit in den vergangenen Jahren war stets geprägt von dem Willen einer konstruktiven Zusammenarbeit zwischen den Mitgliedern der Verbandsversammlung und der Verwaltung; dies wollen wir auch in der neuen Periode fortsetzen. Parteipolitisches Gezänk wäre auch kontraproduktiv, wenn wir zum Beispiel an die Neuaufstellung des Regionalen Raumordnungsprogramms und die RegioStadtBahn denken.

Ich darf an dieser Stelle allen Fraktions-

mitgliedern Dank sagen für die konstruktive Zusammenarbeit der vergangenen Jahre. Die Weiterentwicklung der Region ist für uns alle eine Daueraufgabe! Liebe Genossinnen und Genossen, im Folgenden werde ich nur auf einige wesentliche Themen eingehen, da sonst der Berichtsrahmen gesprengt würde.

### 1. Regionalplanung

#### 1.1 Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms (RROP)

Seit dem Regionalen Raumordnungsprogramm in der Fassung von 1995 haben sich gesetzliche und landesraumordnerische Rahmenbedingungen verändert, die – neben den Fachplanungen des ZGB – in eine Fortschreibung des Regionalen Raumordnungsprogramms eingeflossen sind.

Aus fachlicher Sicht hatten auf das RROP insbesondere folgende Beiträge Einfluss:

- der Landwirtschaftliche Fachbeitrag
- der Forstliche Rahmenplan
- die Landschaftsrahmenpläne

- das Klimaschutzkonzept für den Großraum Braunschweig
- die Individualverkehrskonzeption für den Großraum Braunschweig
- der Nahverkehrsplan für den Großraum Braunschweig
- das Einzelhandelsentwicklungskonzept für den Großraum Braunschweig
- das Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept für den Großraum Braunschweig
- die verschiedenen Leitbilder der Regionalentwicklung für den Großraum Braunschweig

Der Entwurf des RROP liegt jetzt vor, der aus einer beschreibenden Darstellung (textliche Festsetzungen), der zeichnerischen Darstellung (Planungskarte), der Begründung und dem Umweltbericht besteht und der aktuellen Rechtslage entspricht.

Das RROP wird einer dreimonatigen Fach- und Öffentlichkeitsbeteiligung (18. Januar bis 20. April 2007) unterzogen. Nach der sich anschließenden Erarbeitung der Erörterungsunterlagen durch die Verbandsverwaltung wird voraussichtlich im September 2007 die

Beschlussfassung über das neue RROP in der Verbandsversammlung erfolgen. Daran schließt sich das Genehmigungsverfahren durch das Land an; mit einer Genehmigung ist voraussichtlich Anfang 2008 zu rechnen.

Im Rahmen des RROP möchte ich noch etwas näher auf das Freiraum- und Entwicklungskonzept, das Regionale Einzelhandelsentwicklungskonzept und die Leitbilder der Regionalentwicklung eingehen.

### 1.1.1 Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept

Unter Berücksichtigung der Raumordnungsgesetze des Bundes und des Landes sowie dem Freiraumsystem aus dem RROP verfolgt der ZGB mit dem Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept das Ziel, die Qualität der Wohnstandorte in der Region durch attraktive und funktionierende regionale Freiräume zu stärken und weiter zu entwickeln. Die regionalen Freiräume sollen also die Siedlungsbereiche ergänzen und u.a. Raum für Land- und Forstwirtschaft, für Tiere und Pflanzen und für die Erholung bieten sowie den Wasser- und Klimaschutz dienen.

In einem breit angelegten Beteiligungsverfahren von Kommunen, Behörden und Verbänden ist es gelungen, mit dem Freiraumsicherungs- und Entwicklungskonzept für den Großraum Braunschweig die unterschiedlichsten fachlichen und rechtlichen Raumansprüche in einem Gesamtkonzept zusammenzufassen. Damit wird es möglich, die kommunalen und überörtlichen Belange sauber auseinander zu halten.

### 1.1.2 Regionales Einzelhandelsentwicklungskonzept

In nahezu allen Bereichen des Handels findet ein Strukturwandel statt, der die Standorte der Nahversorgung, der Stadtteilzentren, der Kernstädte und der peripheren Versorgungszentren unterschiedlich beeinflusst. Daher ist es für die Region Braunschweig erforderlich, in einem Regionalen Einzelhandelsentwicklungskonzept grundsätzliche Festlegungen zur Verbesserung der Attraktivität

der Innenstädte bzw. der inneren Ortslagen zu beschreiben.

Im Jahr 2005 konnte nach der umfassenden Bestandserhebung und der Einzelhandelsanalyse das darauf aufbauende Regionale Einzelhandelsentwicklungskonzept erarbeitet werden. Dabei geht es zum Beispiel um die

- Sicherung der Innenstädte, insbesondere im Bereich der Mittel- und Oberzentren.
- Beachtung der Zentrenrelevanz des großflächigen Einzelhandels.
- Sicherung der Nahversorgung in den integrierten Standorten als Beitrag zur Qualitätssicherung der einzelnen Quartiere bzw. Ortsteile in den Städten und Gemeinden.

Die Anhörung der Kommunen und der Industrie- und Handelskammer hat eine weitgehende Bestätigung des Konzeptansatzes ergeben. Damit konnte die Verbandsversammlung das Regionale Einzelhandelsentwicklungskonzept für den Großraum Braunschweig einvernehmlich verabschieden.

### 1.1.3 Leitbilder der Regionalentwicklung

In Workshops und interfraktionellen Arbeitskreisen wurden die nachstehenden Leitbilder formuliert und von der Verbandsversammlung beschlossen. Sie fanden Eingang in die Neufassung der RROP. Die Leitbilder sind:

- Das siedlungsstrukturelle Leitbild der dezentralen Konzentration.
- Das wirtschaftsstrukturelle Leitbild der Wissenschafts- und Technologieregion.
- Das verkehrsstrukturelle Leitbild der umweltgerechten Mobilitätsbewältigung.
- Das Leitbild zur integrierten Siedlungs- und Landschaftsentwicklung.
- Das kooperative Leitbild der regionalen Verantwortungsgemeinschaften.

## 1.2 Entwicklung der Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen

„Nach der Ministerkonferenz für Raumordnung hat auch die Europäische Union den niedersächsischen Kernraum als Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen von europäischer Bedeutung

anerkannt. Damit erscheint dieser Raum erstmals auf der europäischen Landkarte...“ Dieser Satz in der Vorlage des ZGB vom 5. April 2006 macht deutlich, dass unser Raum die Chance erhält, im europäischen Maßstab Motor für Wachstum und Entwicklung zu werden.

Die Metropolregion Hannover-Braunschweig-Göttingen nimmt Position 5 in der Rangfolge der deutschen Metropolregionen – insbesondere was Größe, Wirtschaftskraft und Wissenschaftsbesatz angeht – ein.

Wenn es gelingt, über eine Professionalisierung der Metropolregion die vielfältigen Ressourcen zu bündeln, kann die internationale Wettbewerbsfähigkeit der Metropolregion verbessert und gesteigert werden. In einer gemeinsamen Sitzung der Ausschüsse für Regionalplanung der Region Hannover und des ZGB wurde vor diesem Hintergrund fraktionsübergreifend eine stärkere Professionalisierung der Geschäftsstelle gefordert. Der Metropolregion gehören derzeit neben den beiden o.g. Verbänden 58 Gebietskörperschaften und 12 wissenschaftliche Institutionen an.

## 2. Regionalverkehr

### 2.1 RegioStadtBahn

Der 22. Dezember 2005 ist ein wichtiger Meilenstein für die Realisierung der ersten Ausbaustufe der RegioStadtBahn: Im Beisein des niedersächsischen Wirtschafts- und Verkehrsministers Hirche konnten die 22 Finanzierungsverträge zwischen dem Zweckverband Großraum Braunschweig und den von der ersten Ausbaustufe betroffenen Städten und Landkreisen unterzeichnet werden. Damit ist die verbindliche Zusage der kommunalen Finanzbeteiligung als wesentliche Voraussetzung für die Förderung der Investitionskosten durch Land und Bund sichergestellt.

Ziel ist es weiterhin, dass der Betrieb der RegioStadtBahn für die erste Ausbaustufe im Jahr 2009 aufgenommen werden kann. Um dies zu erreichen, wurden fachlich versierte und erfahrene Unternehmen für die weiteren Planungen eingeschaltet.

In Verbindung mit dem Planungsfortschritt für die erste Ausbaustufe der RegioStadtBahn wurden Wünsche der Stadt Wolfsburg laut, eine Erweiterung des Netzes zu untersuchen. Die Untersuchungsergebnisse werden in diesem Jahr zu diskutieren und zu entscheiden sein.

Der derzeitige Grobzeitplan für die erste Ausbaustufe sieht wie folgt aus:

- März 2007: Einreichung des Antrags auf Einstufung des Projektes in die Kategorie A des GVFG-Bundesprogramms beim Land Niedersachsen / Landesnahverkehrsgesellschaft (LNVG)
- Juni 2007: Prüfung der Antragsunterlagen durch die LNVG und Weiterleitung an das Bundesministerium für Verkehr in Berlin
- August 2007: Bestätigung der Aufnahme in das GVFG-Bundesprogramm

Die Kostensituation für die erste Ausbaustufe stellt sich wie folgt dar:

- Planungskosten rund 17 Mio. Euro
  - Investitionskosten rund 148 Mio. Euro
  - Fahrzeugkosten rund 102 Mio. Euro
- Der ZGB als Träger des öffentlichen Schienenpersonennahverkehrs in der Region Braunschweig finanziert die Verkehrsleistungen für die Eisenbahnunternehmen – wie zukünftig auch für den Betreiber der RegioStadtBahn – aus den Zuweisungen der Finanzmittel nach Paragraph 8 Absatz 1 des Regionalisierungsgesetzes (RegG) auf Grundlage des Niedersächsischen Nahverkehrsgesetzes (NNVG). Eine Umlegung der Betriebskosten auf die Kommunen erfolgt nicht.

## 2.2 Regionales Netz von Bahn und Bus

Im Januar 2005 wurde der Verkehrsvertrag zwischen dem Zweckverband Großraum Braunschweig und DB Regio abgeschlossen. Damit ist vertraglich festgelegt, dass ein sogenanntes Grundangebot mit rund 5,3 Millionen Zugkilometern pro Jahr und ein jederzeit rückführbares Zusatzangebot mit 0,6 Millionen Zugkilometern im Großraum Braunschweig durch die Deutsche Bahn erbracht wird. Der Verkehrsvertrag hat eine Laufzeit bis zum Dezember 2014 und sichert die Durchführung des Schie-



Verabschiedung der langjährigen Mitglieder des ZGB Eugen Liebert (2. v. l.), Annegret Ihbe (3. v. l.) und Hedi Rehse (4. v. l.) durch die Vorstandsmitglieder (v. l.) Wolfgang Schneider, Rolf-Dieter Backhaub und Renate Krause.

nenpersonennahverkehrs im Großraum Braunschweig. Eine eingeschränkte Vertragslaufzeit, nämlich bis zum Dezember 2009, wurde dabei für das Streckennetz der RegioStadtBahn vereinbart.

2006 fiel die Entscheidung des Bundeskabinetts über die Kürzung der Regionalisierungsmittel im Rahmen des Haushaltsbegleitgesetzes, die vom Land Niedersachsen auf die Aufgabenträger des öffentlichen Nahverkehrs in voller Höhe durchgereicht wurde. Verschiedene politische Vorstöße, diese Kürzungen entweder auf Bundesebene zu reduzieren oder auf Landesebene durch eine anderweitige Finanzierung aufzufangen, blieben erfolglos. Um eine finanzielle Unterdeckung zu vermeiden, musste daher das Zugangebot leider reduziert und der Einnahmesituation angepasst werden.

Trotzdem kann festgestellt werden, dass sich das öffentliche Nahverkehrsnetz (Schiene und Busse) in der Region Braunschweig durchaus mit dem Nahverkehrsnetz anderer Verdichtungsräumen messen kann. Es ist gekennzeichnet durch das Motto „Mobilität für alle“. Dabei wird insbesondere Wert auf eine verlässliche Verknüpfung, Vernetzung und Vertaktung von Schiene und Straße gelegt. Auch wurden und werden die Bahnhöfe in der Region im Rahmen von Förderprogrammen modernisiert

und damit fahrgastfreundlicher.

## 2.3 Verbundtarif Region Braunschweig

Der Verbundtarif in der Region Braunschweig ist nach wie vor eine Erfolgsgeschichte. Trotzdem stand er auf der Kippe. Durch die positive Entwicklung des Verbundtarifes entfielen die Zuschüsse durch den ZGB mit der Folge, dass durch das vertraglich geregelte Abrechnungsverfahren einige Verkehrsunternehmen nicht mehr die Einnahmen realisieren konnten, die ihnen ihrer Meinung nach rechtlich zustanden. So kam es zu der Kündigung der Verträge mit Wirkung zum Dezember 2005.

Nach langwierigen Verhandlungen konnte ein für alle Unternehmen tragbarer Kompromiss um das Verfahren der Einnahmeverteilung und des Einnahmeausgleichs gefunden und ein neuer Vertrag geschlossen werden. Der Zweckverband Großraum Braunschweig leistete dazu einen wesentlichen Beitrag mit der Zusage, für die Jahre 2005 bis 2009 degressiv mit jährlichen Zuschüssen von 1,3 Millionen bis zu 100 000 Euro die finanziellen Belastungen der Unternehmen aufzufangen.

Wolfgang Schneider  
Fraktionsvorsitzender

## Geschäftsstellen im Bezirk Braunschweig

SPD-Bezirk Braunschweig, Schloßstraße 8/III, 38100 Braunschweig  
Postfach 4261, 38032 Braunschweig  
Fernruf 0531-48098-0, Fax 0531-48098-50  
E-Mail: [Bezirk.Braunschweig@SPD.DE](mailto:Bezirk.Braunschweig@SPD.DE) oder [BR-Financen@SPD.DE](mailto:BR-Financen@SPD.DE)  
Internet-Adresse: <http://www.spd-bezirk-braunschweig.de>  
Bezirksvorsitzender: Sigmar Gabriel, Kiefernbrink 1, 38640 Goslar  
Ltd. Geschäftsführer + Finanzen: Hans-Henning Schridde  
Geschäftsführer: Ralf Gorny, Volker Taube, Karl-Heinz Mühe

SPD-Unterbezirk Braunschweig, Schloßstraße 8/III, 38100 Braunschweig  
Fernruf: 0531-48098-21, Fax: 0531-48098-26  
E-Mail: [Braunschweig.BR-UB@SPD.DE](mailto:Braunschweig.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzende: Dr. Carola Reimann, Humboldtstraße 17, 38106 Braunschweig  
Büro: Eva Voges

SPD-Unterbezirk Gifhorn, Steinweg 11, 38518 Gifhorn  
Fernruf: 05371-3655, Fax: 05371-15261  
E-Mail: [Gifhorn.BR-UB@SPD.DE](mailto:Gifhorn.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzender: Detlef Tanke, Rolfsbütteler Straße 24, 38543 Hillerse  
Büro: Andrea Gebert

SPD-Unterbezirk Goslar, Spitalstraße 1, 38640 Goslar  
Fernruf: 05321-709-516, Fax: 05321-709-517  
E-Mail: [Goslar.BR-UB@SPD.DE](mailto:Goslar.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzende: Petra Emmerich-Kopatsch, Pulverweg 28 A, 38678 Clausthal-Zellerfeld  
Büro: Rosemarie Wemheuer

SPD-Unterbezirk Helmstedt, Kleiner Wall 1, 38350 Helmstedt,  
Fernruf: 05351-599827, Fax: 05351-599830  
E-Mail: [Helmstedt.BR-UB@SPD.DE](mailto:Helmstedt.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzender: Uwe Strümpel, Nordstraße 15, 38350 Helmstedt;  
seit 3/2007: Gunnar Kilian, Süplingenburger Straße 5, 38154 Königslutter  
Büro: Bärbel Mart

SPD-Unterbezirk Osterode am Harz, Berliner Straße 3, 37520 Osterode  
Fernruf: 05522-2676, Fax: 05522-315-714  
E-Mail: [Osterode.BR-UB@SPD.DE](mailto:Osterode.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzender: Wolfgang Dervede, Kastanienring 25, 37520 Osterode  
Büro: Marion Lossi

SPD-Unterbezirk Peine, Goethestraße 16, 31224 Peine  
Fernruf: 05171-5068310, Fax: 05171-5068399  
E-Mail: [Peine.BR-UB@SPD.DE](mailto:Peine.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzende: Eva Schlaugat, An der Neuen Forst 15, 31226 Peine  
Büro: Heike Wohlthat

SPD-Unterbezirk Salzgitter, An der Windmühle 2 B, 38226 Salzgitter  
Fernruf: 05341-43082, Fax: 05341-178381  
E-Mail: [Salzgitter.BR-UB@SPD.DE](mailto:Salzgitter.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzender: Michael Loos, Albert-Schweitzer-Straße 51, 38226 Salzgitter  
Büro: Sabine Bosse

SPD-Unterbezirk Wolfenbüttel, Wullenweberstraße 1 A, 38304 Wolfenbüttel  
Fernruf: 05331-46097, Fax: 05331-8560510  
E-Mail: [Wolfenbuettel.BR-UB@SPD.DE](mailto:Wolfenbuettel.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzender: Karl-Heinz Mühe, Harzblick 10, 38170 Schöppenstedt  
Büro: Petra Reuß

SPD-Unterbezirk Wolfsburg, Schillerstraße 6 – 8, 38440 Wolfsburg  
Fernruf: 05361-15175, Fax: 05361-22024  
E-Mail: [Wolfsburg.BR-UB@SPD.DE](mailto:Wolfsburg.BR-UB@SPD.DE)  
Vorsitzender: Frank Poerschke, Hattorfer Holz 29, 38446 Wolfsburg  
Büro: Karin Wichert

## Abgeordnete

### Mitglied des Europaparlaments

Erika Mann, Hannover

### Mitglieder des Bundestages

Hubertus Heil, Peine

Sigmar Gabriel, Goslar

Dr. Carola Reimann, Braunschweig

Hans-Jürgen Uhl, Velpke

Dr. Wilhelm Priesmeier, Dassel

### Mitglieder des Landtages

Klaus-Peter Bachmann, Braunschweig

Ulrich Biel, Peine

Petra Emmerich-Kopatsch, Clausthal-Zellerfeld

Ingrid Eckel, Wolfsburg

Uwe-Peter Lestin, Schwülper

Isolde Saalmann, Braunschweig

Klaus Schneck, Wittingen (nachgerückt Feb. 2005)

Rosemarie Tinius, Lahstedt

Ingolf Viereck, Wolfsburg

Dörthe Weddige-Degenhard, Wolfenbüttel

Hans-Hermann Wendhausen, Helmstedt

## Landesvorstand / Parteirat

### Mitglieder des Landesvorstandes

Petra Emmerich-Kopatsch, Clausthal-Zellerfeld, stellv. Vorsitzende

Detlef Tanke, Hillerse, Beisitzer

Diethard Karau, Salzgitter, Revisor

### Mitglieder des Parteirates

Petra Emmerich-Kopatsch, Clausthal-Zellerfeld

Renate Jügens-Pieper, Schwülper

Matthias Wehrmeyer, Peine

